

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Post-Expeditoren, 1/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, wo keine Post am Orte 2.84.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Post-Expeditoren, 1/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, wo keine Post am Orte 2.84.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 20.

Breslau, Freitag, den 24. Januar 1913.

24. Jahrgang

## Der Liberalismus in Schlesien und die Landtagswahlen.

Der freisinnige Breukentag in Berlin, der nach alter, aber nicht alter Tradition wieder einmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, hat also ausdrücklich jenseitigen Abkommen mit den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden gebilligt, die schon vorher für eine Anzahl Provinzen festgelegt waren und an die in Schlesien das Verbot eines Zusammengehens mit den Sozialdemokraten geknüpft sein soll. Es ist trotzdem auch jetzt noch nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß diese „Abkommen“ in allen Konsequenzen durchgeführt, die reine Selbstmordpolitik für beide liberalen Parteien, besonders aber für die Fortschrittliche Volkspartei bedeuten.

Die Provinz Schlesien wird zurzeit von 28 konservativen, 7 freikonservativen, 24 liberalen, 2 polnischen, 3 nationalliberalen und 4 fortschrittlichen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus vertreten. Wie schwer das ungeheure Übergewicht der schwarzblauen Vertreter zu erschüttern ist, mag der Umstand zeigen, daß von den 28 konservativen Abgeordneten 12 ohne Gegenkandidaten, 4 mit bedeutungslosen gegenständlichen Kandidaten, 5 gegen liberale oder polnische Konkurrenten gewählt wurden, 21 also für Anträge der Linken gar nicht oder nur sehr bedingungsweise in Frage kommen. Wehlich, wenn auch nicht ganz so arg, liegt es bei den Freikonservativen und beim Zentrum. Würde es also schon einer vereinigten Linken schwer sein, die Bilanz der blauschwarzen Volksbebrücker zu schwächen, so ist diese Aufgabe von einer in sich gespaltenen Linken überhaupt nicht in Angriff zu nehmen. Mehr noch, die Fortschrittliche Volkspartei läuft die bringende Gefahr, alle ihre bisherigen Mandate ohne ein Zusammengehen glatt zu verlieren. Dafür sei im folgenden kurz der Nachweis erbracht.

Der erste der vier Volksparteiler ist der in einer Nachwahl an Stelle des Zentrums gewählte Breslauer Abgeordnete Ehlers. Er erhielt 470 Stimmen der Freisinnigen und 360 der Sozialdemokraten und siegte damit über 824 konservativ-liberale Wahlmännerstimmen. Nehmen die Liberalen die Abtretung eines Mandates an die Sozialdemokraten ab, dann geht nicht nur der Sitz des Abgeordneten Ehlers verloren, sondern auch die beiden anderen Abgeordneten unseres Dreimännerkreises verbleiben der Reaktion. Bei planmäßigem und rechtzeitigem Zusammenarbeiten der Linken wären diese Mandate für Volkspartei und Sozialdemokratie zu haben.

Die beiden nächsten freisinnigen Abgeordneten sind die Herren Büchtemann und Wagner in Hirschberg. Sie wurden mit 192 gegen 180 konservativ-liberale Wahlmännerstimmen gewählt in einem Kreise, in dem eine äußerst mangelhafte Wahlbeteiligung unserer Genossen der Sozialdemokratie nur 6 Wahlmännermandate brachte. Die Befolgung der Breukentagsparole auf allgemeine und intensive Wahlbeteiligung wird in Hirschberg die Wirkung haben, daß unsere Wahlmänner mindestens 3 Duzend betragen und daß diese dann den Ausschlag zu Gunsten der Volkspartei geben könnten, wenn die Tür dazu nicht absichtlich verriegelt wäre. Unter den obwaltenden Umständen müssen die beiden Hirschberger Volksparteiler tödlicher über Bord gehen.

Der vierte Mann im Gliede ist Herr Fischbeck, der Befürworter der Selbstmordpolitik auf dem freisinnigen Parteitage, der zusammen mit dem nationalliberalen Wigmann im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Hannau gewählt ist. Die Liberalen erhielten im ersten Wahlgange 276, die Konservativen 256 Stimmen. Fischbeck und Wigmann wurden dann in der Stichwahl gewählt, obgleich ein Duzend sozialdemokratischer Wahlmänner aus Abneigung gegen Fischbeck für den konservativen Schornsteinfeger aus Breslau stimmten. Das wird sich natürlich nicht wiederholen und trotzdem ist der Sitz des Herrn Fischbeck auf das schlimmste gefährdet. Denn unsere Partei hat inzwischen gerade im Kreise Liegnitz in Stadt und Land die schönsten Fortschritte gemacht, Stadtverordnetenmandate in Liegnitz-Stadt und Hannau erobert und eine eigene Parteizeitung gegründet. Aus unseren 34 Wahlmännern müssen also mindestens 80 werden und damit liegt die Entscheidung bei den Sozialdemokraten, auch wenn sie es selbstverständlich verschmähen, die konservativen Kandidaten zu wählen.

Damit wären die vier bisherigen volksparteilichen Abgeordneten hinüber. Welche Aussichten auf Neuerwerbungen erwachen ihnen nun aus dem Bündnis mit den Nationalliberalen? Ihre erste Hoffnung ist Görlitz-Lauban. Hier gingen die Nationalliberalen 1908 noch mit den Konservativen gegen den Freisinn und machten es so möglich, daß zwei Nationalliberale und ein Konservativer mit je 402 Wahlmännerstimmen gegen 298 freisinnige Stimmen gewählt wurden. Die sozialdemokratische Wahlbeteiligung war schwach und brachte es auf wenig über 80 Wahlmänner. Aber auch diese würden menschlicher Berechnung nach für die Linke mitvotieren müssen, sollte sich für sie ein Erfolg ergeben. Da die freisinnigen Herrn Schenkendorf in die Hand verprochen haben, keinen Sozialdemokraten zu wählen, dürfte auch das Görlitzer Mandat zu hoch hängen. Noch ungünstiger liegen

## Der Friede in Sicht!

Rückzug der Türken.

Konstantinopel, 22. Januar. Der Portenrat sprach sich für die Annahme der Note der Mächte und für den Abschluß des Friedens aus.

Die Türken geben das Spiel verloren. Selbst wenn ihr aufgefressenes Heer dem Ansturm der Balkanmächte noch mit Erfolg standgehalten hätte — der Weigerung der Großmächte mit Geldern einzuspringen, hielt das ausgehungerte Land nicht mehr stand. Und so beugte man sich unter die schmerzliche Verpflichtung, Adrianopel abzutreten und das Schicksal der ägäischen Inseln den Großmächten zu überlassen und berief einen „Portenrat“ aller derjenigen hohen Beamten, Priester und Lieferanten, die seit November keinen Gehalt und keine Zahlung mehr empfangen hatten. Ihre Sehnsucht nach Geld und Befriedigung bahnte der Nachgiebigkeit den Weg. Bald wird die Antwort in den Händen der Großmächte sein und sie verknüpft sich verständlicher Weise mit der bringenden Frage: Was werden die Großmächte zur finanziellen Entlastung des Nestes der Türkei tun?

Ein winziger Rest europäischen Bodens, zwei bis drei Tagemärsche um Konstantinopel gelagert, wird alles sein, was der Türkei verbleibt. Im Balkanbund beginnen aber jetzt die Verhandlungen um die Teilung des Raubes. Zwischen Griechenland und Bulgarien — Salonik —, zwischen Serbien und Albanien, zwischen Rumänien und Bulgarien, zwischen Montenegro und Serbien sind noch so viele strittige Grenzfragen zu erledigen, daß die Balkanhalbinsel auch in den nächsten Monaten noch den Blick der Welt auf sich lenken dürfte, auch wenn vom Hauptherd des Brandes die Truppen sich verziehen.

An der stillen Spitze der Halbinsel bleibt als einziger Wächter der Dardanellen die ehemals so mächtige Türkei, die einige Jahrzehnte, vielleicht ein Jahrhundert, verrotten ist und die unauffhaltsame Entwicklung ihren Fortgang nimmt. . .

Konstantinopel, 22. Januar. Der Ministerrat, der sich mit der Abfassung der Antwortnote beschäftigte, vertagte sich auf Donnerstag. Die Antwort wird nachmittags den Vorkämpfern überreicht werden.

Konstantinopel, 22. Januar. Der Portenrat begann um 12 1/2 Uhr im Palais Dolmabahische. Das gesamte Kabinett war in der Versammlung anwesend. Ferner hatten sich eingefunden: die Senatoren, mit Ausnahme der bulgarischen, serbischen und wallachischen, die Präsidenten der Departements des Staatsrates, des Senats und des Kassationshofes, zwei muslimanische geistliche Würdenträger, zwei ehemalige Deputierte, die muslimanische Geistliche sind, der Chef und

Unterchef des Generalstabes, der ehemalige Kommandant der Armee Abdullah Pascha, die Sektionschefs im Kriegs- und Marineministerium, der Hafenpräsident von Konstantinopel, die Unterstaatssekretäre der Ministerien des Innern und des Äußern und Prinz Sabah Eddin. Die Zahl der Teilnehmer betrug ungefähr hundert. Die nichtmuselmanischen Religionsoberhäupter waren nicht geladen.

Der Großwesir eröffnete die Verhandlungen im Namen des Sultans für eröffnet. Sodann verlas der Generalsekretär des Ministerrats die Kollektivnote der Vorkämpfer in türkischer Uebersetzung, worauf der Kriegsminister ein Bild der Lage der Armee entwarf. Ihm folgte der Finanzminister mit einer ausführlichen Darstellung der finanziellen Lage. Sodann verlas der Generalsekretär des Ministerrats das Exposé über die ägäische Lage. Daran schloß sich sofort die Erörterung, die lebhaften Verlauf nahm. Sämtliche Redner, mit Ausnahme eines einzigen, billigten den Standpunkt der Regierung. Die Regierung wird den Mächten antworten, daß sie ihre Vorschläge annehme und von ihrem guten Willen überzeugt sei, und die Versicherungen, die türkische Regierung finanziell und moralisch zu unterstützen und für die Erhaltung der dem ottomanischen Reich verbleibenden Gebiete einzutreten.

Die Regierung wird ein Communiqué mit einer Auseinandersetzung der Motive ihrer Beschlüsse veröffentlichen. Die diplomatischen Dokumente und der Bericht des Generalstabes werden nach dem Friedensschluß in Form eines Rotbuchs bekanntgegeben werden. Das Ergebnis der Versammlung wird dem Sultan unterbreitet werden, der während der Sitzung die älteren kaiserlichen Prinzen um sich versammeln und nachher Familienrat halten wird. Der bereits vom Sultan mit den Prinzen abgehaltenen Beratung wird in Konstantinopel große Wichtigkeit beigemessen.

### Die Pforte verdrängt die Megäischen Inseln.

Konstantinopel, 22. Januar. Nach Meldungen der Pforte richtete die Pforte an ihre Vorkämpfer zur Uebermittlung an die Kabinette ein Rundschreiben, in dem sie gegen die griechischen Ansprüche auf die Megäischen Inseln Widerspruch erhebt. Die Pforte betont, daß die militärische Besetzung niemals ein definitives Besitzrecht in sich schließt, und zieht als Beispiele die Besetzung Tessaliens im 1877er Kriege und 1877 die Besetzung der Megäischen Inseln durch Italien an. Das Nationalitätsprinzip sei nicht ausreißend, um die definitive Inbesitznahme der Inseln durch Griechenland zu rechtfertigen. Wenn dieses Prinzip Anwendung finden sollte, so gäbe es bedeutende Umwälzungen auf der Karte Europas. Zum Schluß weist die Pforte darauf hin, daß bei der Annexion der Inseln durch Griechenland, die zum Schmuggeln ermulligen würde, die Begründung eines dauerhaften Friedens keineswegs garantiert sei, sondern auf diese Weise vielmehr eine ständige Reibungsfläche zwischen beiden Ländern unterhalten werden würde.

(Weiteres siehe unter Balkanachrichten.)

die Verhältnisse in allen anderen mittel- und niederschlesischen Wahlkreisen, in denen ein liberaler Wettbewerb mit den Reaktionären in Frage kommt. Das sind die Kreise: Striegau-Schweidnitz, Waldenburg-Reichenbach, Bunzlau-Löwenberg, Jauer-Landeshut und Rothenburg-Hoyerswerda. Hier gingen die Volksparteiler zuerst mit den Nationalliberalen, stellenweise sogar mit den Freikonservativen gemeinschaftlich vor, ohne daß sie dabei soviel Wahlmänner eroberten konnten, um den Konservativen ernstlich gefährlich zu werden. Es erhielten Wahlmänner in

	Kons. u. Zentr.	Natl. u. Freikons.
in Striegau-Schweidnitz	417	84
in Waldenburg-Reichenbach	Freikonservative 593	Freil. u. Natlib. 193
in Bunzlau-Löwenberg	Konservative 285	Liberaler 184
in Jauer-Landeshut	Konservative 310-313	Nationalliberale 77-128
in Rothenburg-Hoyerswerda	Konservative 240	Natlib. Freil. 79

Nur eine von den weitesten Kreisen des Volkes getragene Wahlbewegung der Opposition könnte hier Wählerziffern hervorbringen lassen, die den rückwärtlichen Inhabern der Wahlkreise gefährlich werden müßten. In Waldenburg-Reichenbach, Jauer-Landeshut und Striegau-Schweidnitz wäre dann sicher etwas auszurichten. Ohne die sozialdemokratischen Wählermassen bleiben alle diese Kreise sichere Hochburgen der Reaktion und alle Hoffnungen der Liberalen auf irgendwelche Eroberungen sind eitel Dummheit. Wohl, daß die Hoffnungen der freisinnigen Parteien noch auf Oberschlesien gerichtet sind, die Gebiete mit „nationalen Elementen“ bilden, ist ein besondres Merkmal

der freisinnigen Wahlstrategie. Doch liegen die Verhältnisse auch hier diesmal besonders ungünstig. Abgesehen davon, daß sechs von den zwölf ober-schlesischen Wahlkreisen ganz unbestrittener Besitz der konservativ-liberalen sind, hat die Trennung der Polen vom Zentrum dessen allgemeine Auslösung mit den Deutschnationalen, Konservativen und Freikonservativen zur Folge gehabt. Unter diesen Umständen kann die „deutschnationaler“ Richtung getrost auf die Liberalen, mindestens aber auf die ober-schlesischen Volksparteiler verzichten. Alles, was die Galatisten Oberschlesiens abstreifen werden, dürfte ein oder zwei nationalliberale Scharfmacher vom Schlage des Herrn Holz und Remy und eine ausfichtlose Kandidatur wie die des Herrn Meiners in Rathbor sein.

Die Aussichten für alle Anhänger der Wahlreform sind trübe genug. Es ist alles zu verlieren und nichts zu gewinnen, wenn eine Vereinbarung nicht zustande kommt. Würde sie abgeschlossen, dann stehen wenigstens die Möglichkeiten eines Erfolges in der Provinz in Aussicht, ja mehr als das: Hirschberg und Liegnitz wären gesichert. Breslau aufs neue erobert, Görlitz, Waldenburg, Reichenbach, Bunzlau und Striegau höchst wahrscheinlich zu holen. Die Fortschrittliche Volkspartei in Odras eine Stellung gegenüber den Nationalliberalen bisher nicht eingenommen sei, möge als der wahrhaft fortschrittliche Teil der liberalen Wähler auf der Hut sein! Für die Jauer-Landeshut der Sozialdemokratie haben sie ja in Herrn Ehlers einen lebendigen Zeugen. Der Beweis des guten Willens der Freisinnigen dagegen steht noch aus.

# Politische Uebersicht.

## Eine Niederlage der Scharfmacher. 52 gegen 282 Stimmen!

Im vorigen Jahre haben die Konservativen bei der namentlichen Abstimmung über ihre Resolution zugunsten eines vermehrten Arbeitswilligens 68 Stimmen gesammelt. Den neuen Vorstoß, den sie in diesem Jahre vorgenommen haben, indem sie das gesetzliche Verbot des Streikpostens verlangten, begründete, neulich Herr Dr. Dertel mit der Reduzierung ihrer vorjährigen Forderung. Das hat ihnen aber nicht mehr offene Freunde gewonnen. Vielmehr haben bei der namentlichen Abstimmung, die am Mittwoch über diese Resolution stattfand, nur 52 den scharfmacherischen Antrag mit ihrem Namen gedeckt. 282 lehnten ihn ab, bei 5 Stimmenthaltungen.

Diese Kundgebung des Reichstages wird man gewiß nicht überschätzen dürfen. Es ist gar keine Frage, daß auch in dieser großen Mehrheit mehr als ein Gegner der Arbeiterbewegung steht. Es ist aber ein Beweis für die Kraft des sozialpolitischen Gedankens und für den Einfluß der Arbeiterbewegung, daß nur eine ganz kleine Minderheit es wagen kann, die scharfmacherischen Gesetze öffentlich zu bekennen. Die anderen trauen sich nicht, namentlich in diesem Reichstag der 110 Sozialdemokraten.

Die Sitzung fand einen Schluß, der dieser Abstimmung durchaus entsprach. Nach Bemerkungen von Genossen Mollenhuth und vom Fortschrittler Göttsch lehnte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Dr. Delbrück selbst, die reaktionären Anregungen in aller Form ab, die vor einiger Zeit der Berliner Nationalökonom Professor Ludwig Bernad in einer viel gedenkten Broschüre über die „unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“ gegeben hat.

Die erste Stunde der Sitzung verging mit zahlreichen Abstimmungen. Eine große Zahl Resolutionen wurden erledigt, wobei trotz des deutlichen Widerwillens, namentlich des Zentrums, für sozialdemokratische Anträge zu stimmen, einige von uns eingebrachte Vor schläge eine Mehrheit fanden. Ein heiteres Intermezzo schuf der „Sammlung“ gelegentlich einer politischen Resolution, die Verjüngung mit „künstlicher Bewässerung“ begünstigt haben wollte. Zuerst mußte Herr v. Kröcher, der einen sanften Schlaf genoh, durch das Gelächter der Tribünen aus seinen Träumen und aus dem Saal gejagt werden. Er beeilte sich, als Erster wieder hereinzukommen, um seine Tätigkeit nicht aufzunehmen. Ebenso lustig wirkte es, als in der Reihenfolge der „Ja-Sager“ Genosse Debel und Herr Dr. Dertel hintereinander den Saal betraten.

Eine längere Debatte entzündete sich über die Kritik, die Genosse Schulz in einer gut dokumentierten und sehr wirksamen Rede an der politischen Agitation geübt hatte, wie sie die Zentralkasse für Volkswirtschaft betreibt.

## Parlamentarische Zuchthauschwärmer.

Bei der namentlichen Abstimmung über die konservative Resolution, die ein gesetzliches Verbot des Streikpostens verlangt, haben im Reichstage 52 Abgeordnete mit ja geantwortet. Es ist jedenfalls angebracht, die Namen dieser Zuchthauschwärmer der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten. Wir lassen sie nachstehend folgen:

Dr. Arendt, Dr. Becker-Pessen (natl.), von Bielefeld, v. Bozen, v. Böhlendorff, v. Bontin, v. Bredelom, Graf von Carmer (Ostern), Graf von Carmer (Jeseritz), Dietrich, Doerflin, v. Fiemming, Frommer, Dr. Giese, v. Gräfe, Graf-Sachsen, Dr. Gegenfeldt, von Geydebrand, Göttsch, Pöhlische, Graf v. Kanitz, Baron Knigge, Kramer, Kretsch, von Kröcher, von Liebert, Löcher, Maltewig, v. Massow, Meyer (Kreuzburg), v. Michaels, Nehbel, Niederlöcher, Dr. Dertel, v. Derzhin, v. Hüttig, Red (Lyd), Ritter, Köcher, Schulz (Bromberg), Siebenbürger, Strack, Stubendorff, Dr. v. Witt, Vogt, Warmuth, Weitzel, Graf v. Westarp, v. Winterfeldt, Witt und Zörn.

Enthalten haben sich die Wgg. Werners-Hersfeld, Rupp (Baden), Bauer (Harrtschen), Gerhardt und Lang.

Die Nationalliberalen, die im vorigen Jahre dem Antrag zugestimmt haben, haben also mit Ausnahme des Dr. Erndt und des Dr. Becker, der in die Fraktion nicht aufgenommen wurde, diesmal gegen die Resolution gestimmt, ebenso hat auch das Zentrum, von dem im vorigen Jahre drei Abgeordnete für ein Zuchthausgesetz waren, diesmal geschlossen dagegen gestimmt. Die Zuchthauschwärmer sitzen also lediglich in den Reihen der Konservativen und der mit ihnen versippten Freikonserwativen.

## Sozialdemokratische Wahlerfolge in Lippe.

Die Landtagswahlen im Fürstentum Lippe haben der Sozialdemokratie einen außergewöhnlichen Erfolg gebracht, der sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen in dieser Höhe garricht erwarten ließ. Die Wähler der dritten Abteilung — und das ist eben die große Masse der Wahlberechtigten — haben den bürgerlichen Parteien eine Absage gegeben. Im ganzen sind abgegeben worden:

für die Sozialdemokratie	7200 Stimmen (8715),
„ „ Liberalen	8100 „ (7846),
„ „ Konservativen u. „Parteilosen“	2600 „ (2698).

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die vorige Landtagswahl, die vor vier Jahren stattfand. Im einzelnen haben wir den bisher vertretenen Kreis hauptsächlich, und zwar diesmal gleich im ersten Wahlgange mit 300 Stimmen Mehrheit. In vier Kreisen stehen wir in Stichwahl und nach dem Stande der Dinge läßt sich annehmen, daß wir mindestens in einem von ihnen siegen werden. Die Wähler der lippsischen Kreisler haben trotz des bekannten Hoflieferantenpublikums der Sozialdemokratie ihr Vertrauen bekräftigt. Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs beschränkt sich im übrigen nicht etwa auf einzelne Teile des Landes, sondern es sind daran alle Kreise beteiligt, und der Zuwachs ist natürlich am größten in den Arbeiterbezirken.

## Kritik der Agrarierherrschaft.

Die allgemeine Besprechung des Landwirtschaftsetats am Mittwoch im Dreiklassenhause brachte wenig Interessantes. Daß die geringfügigen Erleichterungen der Fleischzehrung auf keinen Fall von der Regierung über den 1. April 1914 hinaus erstreckt werden sollen, war bereits bekannt, und wenn der Freiherr von Schorlemer das im Dreiklassenhause unter einer Flut von agrarischen Schlagworten mitteilte, so hat er sich damit natürlich wieder den begeisterten Beifall der vereinigten Jöhler der Rechten, der Mitte und der Nationalliberalen gesichert. Genosse Reinert stellte fest, daß der Minister deshalb immer vor einem Sozialdemokraten spreche, um der stärksten Partei Preußens seine Mißachtung deutlich zu bezeugen; auf diese Art erspart sich der Minister überdies immer die Antwort auf unsere Reden. In der Tat würde es ihm auch schmer fallen, die wuchtigen Aufträge zu entkräften, die Reinert in seinen zweistündigen Ausführungen gegen die Herrschaft des Großgrundbesitzes, das System der Wucherzölle, gegen die absolute Vernachlässigung aller hygienischen Rücksichten bei den Wohnungen der Landbevölkerung, gegen die Entrechtung der Landarbeiter und gegen die reaktionären Pläne richtete, die die Antwort auf die erfreuliche Tätigkeit des Landarbeiterverbandes darstellen.

## Die „unkatholischen“ Christen.

Die „Trierische Landeszeitung“, das Organ des Bischofsforum, entrüstet sich ebenso, wie es die „Germania“ getan, über den christlichen „Bergknappen“, der es gewagt hat, dem Bischof wegen seines arbeiterfeindlichen Eingreifens in den Konflikt der Saarbergleute eine gelinde Rüge zu erteilen. Sie donnert:

Wenn jemand ... daraus den Glauben geminnen könnte, als sei die Kirche gegen die Beseitigung der ... so kann er das wohl nur von solchen Arbeitern erwarten, die durch die Verkäure derartiger Gehaltel bereits zu solchem falschen Glauben vorbereitet sind ... Der ganze Artikel atmet einen unkatholischen Geist, eine Mißachtung der kirchlichen Autorität ...

Ein anderes Zentrumsblatt, die „Duisburger Volkszeitung“, nennt die Sprache des „Bergknappen“ „empörend“ und „niederträchtig“, und kurz und gut, den christlich organisierten Arbeitern wird einmal wieder recht deutlich zu Gemüte geführt, daß ihre frommen Freunde sie in demselben Moment fallen lassen, wenn sie anders wollen als die Gleichheit, oder auch, nachdem sie sich ihrem Willen löblich unterworfen haben, sie leise zu kritisieren wagen.

## Forderungen der Berliner Lehrer an die Landtagskandidaten.

Die Vereinigung für Schulpolitik in Berlin beschloß, an die Landtagskandidaten folgende Forderungen zu stellen:

1. Bekämpfung aller Bestrebungen, welche den staatlichen Charakter der Volksschule in Frage stellen können.
2. Durchführung der allgemeinen Volksschule. Weder der Staat noch die Gemeinden dürfen neue Vorschulen errichten.
3. Bekämpfung der hauptamtlichen Kreisinspektoren und im Volksschuldienst beschäftigten Lehrern.
4. Reform des Disziplinargesetzes von 1852 nach modernen Grundsätzen.
5. Gewährung des passiven, kommunalen Wahlrechts an alle Volksschullehrer.
6. Die Volksschullehrer sollen ihre Allgemeinbildung an einer höheren Lehranstalt, ihre Fachbildung auf der Unterstufe erhalten.
7. Gleichstellung der Volksschullehrer mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung. Zunächst außerhalb des Rahmens einer allgemeinen Beförderungsregelung. Gleichstellung aller Volksschullehrer in der Höhe des nach dem Beförderungsgesetz von 1909 zulässigen Höchstehalts.
8. Unterstützung aller gesetzgeberischen Maßnahmen, durch die die Mißstände im großstädtischen Wohnungswesen beseitigt werden.
9. Das Auswärtswohnen ist innerhalb der Grenzen des Vorortbereichs ausnahmslos gestattet.
10. Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und der öffentlichen Stimmabgabe bei Landtags- und Gemeindevahlen.

Die Landtagswahlen in Lippe-Deimold. Bei den lippsischen Landtagswahlen der ersten Klasse wurden 5 Konservative und 2 Nationalliberale gewählt. Demnach sind gewählt: 10 Konservative, 2 Nationalliberale, 3 Freisinnige, ein Christlich-Sozialer und ein Sozialdemokrat. Außerdem finden vier Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten statt. Der bisherige Landtag setzte sich aus 10 Konservativen, 2 Nationalliberalen, 7 Freisinnigen, einem Christlich-Sozialen und einem Sozialdemokraten zusammen.

Kurze, aber wichtige Anfrage. Genosse Leber hat folgende kurze Anfrage an den Reichstagskanzler gerichtet:

Ist der Herr Reichstagskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit die Konsulatsberichte aus den Balkanländern die von verschiedenen europäischen Zeitungen wiederholt vorgebrachte Behauptung bestätigen, daß die Truppen der verbündeten Balkanstaaten sich Grausamkeiten gegen die türkische, albanische und jüdische Bevölkerung haben zu schulden kommen lassen, die angeblich stellenweise sogar den Charakter einer systematischen Ausrottung jener Bevölkerungsteile angenommen haben? Gedenkt der Herr Reichstagskanzler die Entsendung einer Kommission seitens der Großmächte zur Untersuchung jener Vorgänge und der durch sie herbeigeführten Zustände anzuregen?

Kampf in deutschen Kolonien. Es gelang am 27. November einer Patrouille der 7. Kavallerieregimentkompanie der südwestsibirischen Schutztruppe unter Führung des Hauptmanns Mansfeld, die Buikeute, von denen am 26. September der Reiter Müller von der 9. Kompanie in den Dünen bei Puniro erinordet worden war, aufzufinden. Bei der Verfolgung wurde die Patrouille zweimal im Busch beschossen, ohne Verluste zu erleiden. Bei einem zweiten Zusammenstoß am 28. November ist der Mörder des Gefreiten Müller gefallen, die übrigen Mitglieder der an dem Morde beteiligten Bande wurden gefangen genommen.

Gestrichener Lügner. Die Budget-Kommission des Elsaß-Lothringischen Landtags hat am Dienstag die Repräsentationsgelder des Stadthalters auf Antrag des Zentrums und mit

## Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von John Falkenberg.

W) (Nachdruck verboten.)

Woh! Nun ging das wahrhaftig wie der Schlag ... Woh! Und alle schlug drauf los und sang dazu:

Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! in dem Walde am Berg, o ja --  
Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! in dem Walde am Berg.

Da traf sie mich eines Morgens so klar,  
Von Sonne glänzte ihr goldenes Haar,  
Und ich sah mich wie der Tag so war.  
Mein Herz, was geht du für Wege?

Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! in der Kammler Straße, o ja,  
Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! in der Kammler Straße, o ja!

Da kam ich an ihr liebes Gesicht,  
Dem Himmel glücklicher Augen Licht.  
Was Scherz ist mir mein Leben nicht.  
Ja, in der Kammler Straße.

Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! bei dem schneefreien See, o ja!  
Da nahm ich sie bei der Hand,  
Und sie sah mich so ganz so an,  
Der Augen Himmel und Erde beschwand,  
Ja, bei dem schneefreien See.

Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! in der Kammler Straße, o ja,  
Ein Hädel, o ja, ein Hädel, o ja,  
Woh! in der Kammler Straße.

Da haben wir ein Paar so lieb,  
Und haben uns in der Welt so lieb.  
Der Himmel ist in der Welt so lieb,  
Ja, in der Kammler Straße.

Der Kammler hat mich so und sehr in das Gesicht  
Gesehen. Und es sagt mir lang von den tollsten Taten.

Der meine Tag hier war heute nur in der Grube  
Und ich sah mich so ganz so an, wie ich sah dich.

Der meine Tag hier war heute nur in der Grube  
Und ich sah mich so ganz so an, wie ich sah dich.

Er wollte Elen Bergknappenmodell heiraten. Und bei alledem mußte noch etwas übrig bleiben für seine alten Eltern dabei im Walde. Er hatte viel Sorge um seinen Vater; denn der war in letzter Zeit so verdammt wunderbar geworden ...

Jonse war nicht so redselig. Er ging beständig in dumpfem Dösen umher ... und zuweilen konnte er ganz in Tränen ausbrechen ... Und seine Fäustelschläge wurden scharf und schwächer ... gleich dem Tiden einer Uhr, das im Rauhen der Zeit dahinschwindet ...

Diese Stelle herrschte dann für ihn in der Grube ... Es war, als sähe er dort unten in ewiger Nacht, und als lauschte er auf etwas, das sich hoch oben im Lichte des Tages abspielte ... Und er erinnerte sich an so vieles ... Und die Erinnerungen floßen ineinander zu dem wehmütigen Klang einer Silberglocke, die er irgendwo dort weit draußen am Meere in sonnenglühenber Frühlingstluft erklingen hörte ... Und er vernahm eines jungen Blutes heißes Brausen an jenem Tag ... Maria ... Maria ... Ah, es war ihr Name, der im Klang der Glocke erkante ... Nur ihr Name ... Und es war, als träfen alle seine Gedanken immer und ewig um diesen Namen ...

Die beiden Kameraden, Jonse und Calle, fanden an dem gefährlichsten Ort des Bergwerks. Jeden Morgen, ehe sie die Arbeit begannen, gossen sie Öl auf große Bergknäuel, stellten sie in Brand und hielten sie an langen Stangen unter das Gewölbe. Der Feuerstein flackerte über die schwarzen Felswände. Sie fanden lange schweigend da und starrten hinaus — ob dort nicht irgendwo ein kleiner Fiß war, oder ob nicht irgendwo ein Felsblod hing, der herabzufallen drohte. Das Gefühl war launisch und fächig ... Wenn es auch noch so unheimlich aussah, konnte doch da oben irgendwas der Tod hinterhältig auf der Lauer liegen. Es war schon so vieles passiert. Und Jonse und Calle waren wachsam. Sie standen auf hoher schneeiger Gerippe und schauten in das nur lose zusammengehaltene Gestein. Und sie hatten die Pfeiler beiseite, die Stangen vor Bergknäuel hielten. Das Gewölbe am Abhang wurde Tag für Tag größer und weicher. Alle Leute überhüllten in diesem Tage. Wenn sie auf den Stahl traten, war es, als ob unendlich viele Kloden erklangen. Und das Licht ihrer Lampen schimmerte gleich roten Funken in der Dunkelheit und dem Schattenspiel. Die beiden waten auch die unheimlichsten unter allen Bergwerken. Sie hatten den Vorherrscher über die Arbeitszeit Trost, saßen an und ließen zugehen, wenn's ihnen gefiel.

Woh! Gagemann bellte sich hinter bei dem Schlag.  
Es war eine schreckliche Angst und müde bestraft war.

den, meinte er. Und dadrin freige bestraft werden! Er brachte eine gebräute Geldstrafe in Vorschlag. Besser wäre noch ein Fußtritt und raus mit den Kerlen! ... Der Steiger war weder für das noch für das andere zu haben. Diese beiden waren die stärksten Bergleute im ganzen Werk. — Er war ein kluger Mann, der Steiger — etwas, das man von Bertil Gagemann nicht sagen konnte.

Eines Abends, als Jonse die Grube spürte als sonst bereit, sah er zwei Menschen daherkommen. Und in dem roten Licht ihrer Fackeln glaubte er ein Weib zu erkennen. Getrieben von einer Eingebung, löschte er seine Lampe aus und verbarg sich hinter einem Felsblod. Einen Augenblick dachte er wohl daran, die Lampe wieder anzuzünden ... es empörte sich etwas in ihm dagegen, auf der Lauer zu liegen. Denn das war unheimlich ... Aber er kam nicht dazu, und es war, als ob sein Wille ausgeschaltet wäre. Er war nicht Herr seiner selbst ...

Die Kommenden blieben gerade im rechten Augenblick stehen. Und Jonse erkannte ihre Stimmen an dem Widerhall unter dem Gewölbe. Es waren Maria und Bertil Gagemann. Maria begleitete Gagemann oftmals, wenn auf dem Kontor nicht viel zu tun war. Sie fand die Unterwelt des Bergwerks so wunderbar, pflegte sie zu sagen. Und immer wachte sie es so einzurichten, daß sie den Weg über Juste Blettes Ort nahmen — wo Jonse und Calle arbeiteten — obgleich Gagemann sagte, daß es eine äußerst gefährliche Stelle wäre. Als sie einmal in diesem Winter dorthin kamen, und Gagemann große Angst hatte, zwang ihn Calle, auf das schwache Gerüst und bis nicht unter das Gewölbe hinaufzuklettern. Das war ein Schmelzstreich von Calle. Während Gagemann dort oben war, stand Maria bei Jonse. Ein Arm legte sich behutvoll über ihr Gesicht um seinen Hals, und eine sanfte Stimme flüsterte ... „Du bist es, Jonse ... Nur Du ...“

Als Jonse an jenem Abend zutage trat, mußte er sich glücklich ...

Sie kamen an dem Stein vorbei, wo Jonse im Dunkel stand und horchte. Und sie plauderten und lachten laut. Aber bald darauf blieben sie stehen. Und Jonse sah Marias Augen unter dem gelben Lichtschein lebhaft glänzen. Sie war seltsam schön, als sie dort im roten Fackelschein stand und ihre Erscheinung sich von der grell beleuchteten Felswand ab hob. Ihm war, als hätte er sie nie zuvor in so begaunertem Glanze gesehen.

Wichtig blühte sich Gagemann und blies die Fackeln aus. Und Maria schrie auf, als sie mit einem Male im Finstern stand:

„Bist du Bertil, Bertil?“  
„Maria ...“ flüsterte Gagemann.  
(Fortsetzung folgt.)



..... In Vorzügen von Kraft und Wohlgeruch  
 sigeln sich für Sie in Ihre Billigkeit,  
 Ihre Wohlgeruch und Ihre Wohlgeruch.

(Über 34,000 schriftliche Anerkennungen)

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltung Breslau.

Adress: Kleine Holzstraße 3, I. — Fernsprecher 9199.

**Klempner!**

Montag, den 27. Januar 1913, abends 8 Uhr  
 im „Bar auf der Orgel“ Kupferstraße 87.

**Branchen-Versammlung**

**Maschinenschlosser!**

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 Uhr  
 findet im Lokal „Union-Festale“, Reuschstraße 51, eine

**Versammlung**

für alle in den Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten beschäftigten Schlosser statt.

**Gelbmetallarbeiter!**

(Schweißerschlosser)

Freitag, den 24. Januar 1913, abends 8 Uhr,  
 im Lokal „Goldener Hahn“, Kupferstraße 21:

**Branchen-Versammlung**

**Wichtig!** Alle von Seiten beschäftigten Metallarbeiter sind mit Legitimations-  
 Karten versehen. Wer nicht im Besitz einer Karte ist, gilt als  
 unorganisiert. Wir erziehen die Arbeiter aller Berufs, die Metallarbeiter, wie Bau-  
 anstaltler, Schlosser, Klempner, Elektromonteur, Rohrleger und Schweißerschlosser  
 nach der Karte zu fragen.

**Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen!**

Dienstag, den 28. Januar 1913, abends 8 Uhr,  
 im Lokal „Schweizerhof“, Schweizerstraße 28:

**Branchen-Versammlung**

Die Ortsverwaltung.

**Peiserwitz.** Die angekündigte Belebung gegen  
 Samstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Schweizerhof“.  
 7 Uhr: Sitzung bei Schlichter Götter.  
 Sachkommission ist eingeladen. Zutritt frei.  
 Erscheinen notwendig. 8997

**Schweitzer!** Die angekündigte Belebung gegen  
 Samstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr,  
 im Lokal „Schweizerhof“.  
 7 Uhr: Sitzung bei Schlichter Götter.  
 Sachkommission ist eingeladen. Zutritt frei.  
 Erscheinen notwendig. 8997

**Wahlverein Grundfeld.**  
 Samstag, 26. Januar, vorm. 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 im Lokal „Schweizerhof“.  
 8998

**Neumarkt.**  
 Samstag, 26. Januar, abends 8 Uhr:  
**Kartellführung**  
 im Lokal „Schweizerhof“.  
 8996

Am 21. d. Mts. verschied unser Freund und Vereins-  
 mitglied, der Gesandtschaftsrat  
**Heinrich Boblist**  
 im Alter von 62 Jahren. 9003  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder**  
**der Schärpenkassa des Gewerks IV.**  
 Beerdigung: Freitag, den 24. Januar nachmittags 3 Uhr,  
 von Trauerhaus Gross Tschasch Nr. 64 aus.

Am 21. d. Mts. verschied unser Freund und Vereins-  
 mitglied, der Gesandtschaftsrat  
**Heinrich Boblist**  
 im Alter von 62 Jahren. 9002  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder**  
**der Schärpenkassa des Gewerks IV.**  
 Beerdigung: Freitag, den 24. Januar nachmittags 3 Uhr,  
 von Trauerhaus Gross Tschasch Nr. 64 aus.

Am 21. d. Mts. verschied unser Freund und Vereins-  
 mitglied, der Gesandtschaftsrat  
**Heinrich Boblist**  
 im Alter von 62 Jahren. 9004  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder**  
**der Schärpenkassa des Gewerks IV.**  
 Beerdigung: Freitag, den 24. Januar nachmittags 3 Uhr,  
 von Trauerhaus Gross Tschasch Nr. 64 aus.

**Stadt-Theater**

Donnerstag 7 1/2 Uhr: 8905  
 (Größtenteils Opernreihe.)  
 „Gottmanns Erzählungen“.  
 Freitag 7 Uhr:  
 „Erlau und Holbe“.  
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
 (Größtenteils Opernreihe.)  
 „Das Glöckchen des  
 Eremiten“.

**Lobe-Theater**

Donnerstag 7 1/2 Uhr: 8911  
 „Die Mauer“.  
 Freitag 7 1/2 Uhr:  
 „Die Generalin“.  
 Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
 Zum 1. Male:  
 „Ein Waffengang“.

**Thalia-Theater**

Freitag, Gruppe F. 6. Vorstellung:  
 „Die Erzieherin“.  
 Sonntag 7 1/2 Uhr: 8917  
 „Polnische Wirtschaft“.

**Schauspielhaus**

Donnerstag 8 Uhr:  
 „Die Marine-Gast“.  
 Freitag 8 Uhr: 8899  
 Zum 76. Male:  
 „Der liebe Augustin“.  
 Sonnabend 8 Uhr:  
 Gastspiel Alexander Wittig  
 „Die Räuber“.

**Circus Busch.**

Schöne Jubiläumsspiele,  
 heute Freitag, abends 8 Uhr:  
 „Schleiers Söhne“  
 Schauspiel in 3 Akte u. Dr. Friedrich Egg.  
 Sonntag, nachm. 4 Uhr: Rindfleisch  
 Preise der Plätze: 0,50, 1,00, 2,00  
 3,00, 4,00.

**Zeltgarten**

Grosse internationale  
**Ringkampf**  
**Konkurrenz**  
 Heute Donnerstag ringen:  
 A. Sturm — Reckling  
 Schmitt — Schütz  
 Angulo — Apollon de Coloss.  
 Regier — Jantich.  
 Champion.  
 Bellingrab — Michaeloff  
 Hamburg — Ruffland.  
 Vorher:  
 Das brillante Programm.  
 Anfang 8 Uhr. [8899]  
 Tunnel: Freikonzert.

**Liebig's Etablissement.**

Das brillante  
**Januar-Programm!**  
 8887] Anfang 8 Uhr.

**Singer-King's - Nähmaschine**

Es wollen sich Zahnlose u. Zahn-  
 Kranke vertrauensvoll an mich wenden.

**Wir empfehlen:**

**Wilh. Wolff's gesammelte Schriften.**  
 Aus dem Inhalt sind besonders hervorzuheben:  
**Die Kasematten in Breslau . .**  
**Das Elend u. der Aufruhr in Schlesien**  
**Die Schlesische Milliarde.**  
 Preis in Leinen gebunden Mk. 2.—  
 Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolportage.

**Viktor-Theater.**

„Autollebchen.“  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag 2 Vorstellungen.  
 Dienstag 8 1/2 bei Hauptberichter zu  
 erscheinenden Stellen. 8898

**Orchester-Verein**

Freitag, d. 24. Januar 1913  
 abends 8 Uhr  
 im grossen Saale des Konzerthauses  
**Zweites**  
**Volks-Konzert**  
 unter Leitung des 8809  
 Herrn Kapellmeister Hermann Behr.  
 Orchester 50 Musiker.

Programme als Eintrittskarten gültig  
 für alle Plätze im Saale u. in den Logen  
**à 30 Pfennige**  
 sind im Verkehrsbüro Karasch, im  
 Rathaus Botenmeisterstr., im Konzert-  
 hauses, sowie in den vielen durch  
 Plakate als Verkaufsstellen kenntlich  
 gemachten Zigarrengeschäften und  
 an der Abendkasse erhältlich. Die  
 Plakate ergeben auch Näheres über  
 Inhalt und Programm.

**Roland-Lichtspiele.**

Salzstr. 2/4 (Universitätsstr.)  
**Eröffnung**  
**in einigen Tagen.**  
 9000 Neuer Besitzer.

**Zahnersatz, Plomben**

**Vally Stübing,**  
 Dentistin,  
 Gartenstr. 16, I. Etage.  
 Moderner Zahnersatz mit Anwendung  
 der neuesten Errungenschaften auf dem  
 Gebiete der Zahnersatz- und Zahn-  
 heilkunde. 7961/2  
 Kleiner Preis.  
 Es wollen sich Zahnlose u. Zahn-  
 Kranke vertrauensvoll an mich wenden.

**Zahnersatz, Plomben**

**Vally Stübing,**  
 Dentistin,  
 Gartenstr. 16, I. Etage.  
 Moderner Zahnersatz mit Anwendung  
 der neuesten Errungenschaften auf dem  
 Gebiete der Zahnersatz- und Zahn-  
 heilkunde. 7961/2  
 Kleiner Preis.  
 Es wollen sich Zahnlose u. Zahn-  
 Kranke vertrauensvoll an mich wenden.

**Wilhelmsburg** Heute Donnerstag: 1. Bockfest  
 mit Hornwals-Rückzug.  
 8995 Bockfest gratis.  
 Org. F. Hötzel.

Es gibt immer noch Mütter, welche ihren Säug-  
 lingen zuviel Kuhmilch geben und dadurch deren Ernährung  
 stören. Nur durch richtige Verdünnung macht man die Kuhmilch  
 zu einer zweckmäßigen Säuglingsnahrung und erst der Zu-  
 satz von „Kaffee“ macht sie so leicht verdaulich wie die  
 Muttermilch. 4196



**Nur für unsere Abonnenten!**

Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Abonnenten  
 eine Restauflage des rühmlichst bekannten Buches:  
**Heinrich Driesmans**

**Der Mensch der Urzeit**

Runde über Lebensweise, Sprache und Kultur des vor-  
 geschichtlichen Menschen in Europa und Asien  
 zum **Ausnahmepreise von nur 1 Mt.**  
 (sonst 2.80 Mt.)

anbieten zu können.  
 Das Werk ist durch zahlreiche farbige Tafeln  
 und kunstvoll ausgeführte Abbildungen illustriert;  
 es besitzt klaren deutlichen Druck, gutes Papier und  
 soliden Einband.  
 Wir laden unsere Abonnenten hiermit ein, von diesem  
 unseren Sonderangebot Gebrauch zu machen und die Be-  
 stellung möglichst **sofort** durch Karte oder durch die  
 Zeitungsträger bei uns zu bewirken.

**Verlag und Expedition.**

**Arbeitsmarkt.**

**Sortierer** können sich für dauernde u. lohnende  
 Beschäftigung **sofort** melden und  
 Zeugnisse einreichen an 8976  
**Gebr. Dresdner, Zigarrenfabrik,**  
 Bries, Bez. Breslau.

**Kleiner Anzeiger**

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte  
**10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Guthaben  
 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der  
 Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

**Kauf und Verkauf**

Getragene Waggardereben, für jede  
 Figur, billig, gut erhalten. Kaufpreis für  
 Derragardereben, Neue Schwedinger-  
 Straße 6. 8943  
 Neue Bettdecken, billig, verkauft Freitag,  
 Bismarckstr. 45, hochzeit. 8855

**Verschiedenes**

Waisen verleiht Paul Götterberg,  
 Bismarckstr. 49, II. 8724  
 Herren- und Damen-Waisen verleiht  
 Kühnig, Franzosenstr. 99, 4. Etg. 8987  
 Damen-Waisen billig zu verleihen,  
 Königsplatz, 4, I., bei Bauer. [8997]

**Arbeitsmarkt**

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können  
 ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und  
 die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie  
 unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren  
 Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und  
 sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.  
 Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“  
 kleine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Miet-  
 gefuche, Arbeitsgefuche, Arbeitergefuche und dergl. in den  
 „kleinen Anzeiger“ der „Volkswacht“.  
 Durch alles dies wird die „Volkswacht“ am besten unterstützt.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Januar.

### Volkswacht-Agitation.

Sonntag, den 26. Januar, wird vom Lokal Bürger, Kleischlaustraße 18, aus eine Agitation für die „Volkswacht“ veranstaltet. Alle Genossen, besonders die der Distrikte 8 und 8a, sind dazu eingeladen.

### Auch höhere indirekte Steuern

Der hiesige Magistrat in den Haushaltsplan für 1918 eingestellt. So nimmt er an, die Steuer vom einkommen der Bier wird 300.000 Mark einbringen gegen 250.000 Mark im Vorjahre. Die Lustbarkeitssteuer ist sogar um 75.000 Mark höher angesetzt; sie steht 1912 im Voranschlag mit 425.000 Mark, jetzt mit 500.000 Mark. Es ist die Jahrhundertfeier mit ihrem größeren Bierverbrauch und den vielen sonstigen Festen, die hier als gute Einnahmequelle gedacht ist.

Dann glaubt der Magistrat, auch die Hundesteuer, die nach seinem Antrage erhöht werden soll, wird ein Mehr von 30.000 Mark ergeben. Die Kassensteuer vom Grundbesitz, die 1912 mit 700.000 Mark eingestellt war, um 50.000 Mark geringer angesetzt, der Anteil der Reichsmerkmalsteuer aber soll von 156.000 Mark auf 190.600 Mark steigen, also um 34.600 Mark.

Im ganzen hofft der Magistrat, aus den indirekten Steuern 1.871.300 Mark einzunehmen gegen 1.717.000 Mark im Vorjahre, so daß 154.300 Mark mehr verausklamen. Die Rechnung des Magistrats dürfte kaum in allen Teilen stimmen; so ist es zum Beispiel sehr fraglich, ob die Hundsteuer von der Stadtverordnetenversammlung erhöht wird.

### Die Breslauer Handelskammer

begle am Mittwoch zum ersten Mal im neuen Jahre. Der Syndikus, Professor Dr. Riesenfeld, gab den Geschäfts- und Börsenbericht über das Jahr 1917. Dann verhandelte die Kammer über ihre Vertretung auf dem deutschen Handelskongress, am 19. und 20. Februar 1918. Als Vertreter sollen außer dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten die beiden Syndici, die Vorsitzenden des Ausschusses, des Ausschusses für handels- und gewerberechtliche Fragen und des Kleinhandelsausschusses teilnehmen. Die Beschlusfassung über das Petrochemie-Monopol wurde nach längerer Aussprache vertagt, weil der Regierungsentwurf durch die letzten Kommissionsberatungen geändert worden ist. Das verstorbene Mitglied des Börsenverbandes, Bankier Marx, hat der Kammer ein Legat von 1500 Mark vermacht, mit der Bestimmung, heimischen Maklern und deren Angehörigen davon Unterstützungen zu gewähren. Dieses Geschenk nahm die Kammer mit Dank an.

### Lohnt nur die Angestellten zahlen.

Die Beiträge der Angestelltenversicherung sind bekanntlich sehr hoch. Um die Angestellten in ihrem Einkommen nicht zu schädigen, hat deshalb jüngst die Breslauer Stadtverordnetenversammlung nach einem Magistratsantrage beschlossen, die Beiträge voll auf die Stadt zu übernehmen. Auch manche Unternehmer haben eingesehen, daß sie verpflichtet sind, alles zu zahlen. Anders denkt darüber das Präsidium des Deutschen Handeltages. Sein Vorsitzender, Dr. Raempff, der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete und Präsident des Reichstages, bringt es fertig, an die Breslauer Handelskammer ein Schreiben zu richten, worin es u. a. heißt:

Vor allem erscheine es recht und billig, daß die Angestellten, auf deren Veranlassung und zu deren Gunsten das Gesetz erlassen sei, an der Tragung der Lasten beteiligt würden. Es liege hierin ein erzieherisches Moment, das auch mit Rücksicht darauf von Bedeutung sei, daß sich Bestrebungen nach einer Vermehrung der Leistungen und der Lasten des Gesetzes geltend machen könnten. Ferner komme in Betracht, daß sich ein mißliches Verhältnis herausstellen würde, wenn die Arbeitgeber wohl den Angestellten, nicht aber

den Arbeitern die Lasten der Versicherung abnehmen möchten. Die Arbeiter könnten dadurch leicht zu Unprüdlichen veranlaßt werden, deren Erfüllung nicht den Wünschen der Arbeitgeber entspreche. Wohl sei es jedem Arbeitgeber freigestellt, wie er sich zu der erörterten Frage stellen wolle; er sollte sich jedoch dessen bewußt sein, daß seine Entscheidung auch auf andere Arbeitgeber eine Rückwirkung ausüben könne.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: Nur nicht zu weit entgegenkommen; laßt nur die Angestellten zahlen. Es ist gewiß sehr bezeichnend, daß diese sonderbare Ermahnung an die Unternehmer von einem liberalen Reichstagsabgeordneten und Präsidenten unterzeichnet wird. Die Herren vom Handeltage müssen ebenfalls zugeben, daß viele Angestellte die Versicherungsbeiträge gar nicht aufbringen können. Doch trotzdem sollen sie zahlen, denn das wirkt „erzieherisch“ und verführt die Arbeiter nicht zu neuen Ansprüchen. Der Unternehmerrgwin könnte in Gefahr geraten; also muß von oben herab mit aller Kraft gebremst werden.

**\* Schlesische Urania.** Mittwoch abend hielt Herr Dr. Schmidt einen Vortrag mit Lichtbildern über „Wanderwälder See, Wilatus und Nigibahn“. Es handelt sich um eine Reisebeschreibung, die vom Staat abgelesen wurde. Und da Herr Schmidt eben ein Neukunstler ist, muß der Abend als verfehlt bezeichnet werden. Das Ganze litt unter dem vielen überflüssigen Text. Ein paar kurze Erläuterungen zu den einzelnen, übrigens recht guten Bildern wäre mehr gewesen. Aber wenn der Redner zum Beispiel seinem Worte nach erzählt: „Im Hintergrunde sehen wir den kleinen Bahnhofs, wo wir eben ausgestiegen sind“, sollte er doch bedenken, daß „wir“, nämlich die Zuschauer, weder gesehen noch ausgehört sind. Wir haben nicht einmal den kleinen Bahnhof im Hintergrunde erkannt. Und wenn „da drüben ein Eisenbahnzug fährt und da drüben ein Schiff die Wellen kräuselt“, mag das ja für den Reizenden ganz interessant sein, es mag sich gedrückt auch noch ganz hübsch lesen, wer aber auf dem gegebenen Bilde weder einen Zug, noch einen Dampfer erblickt, wird solches Naturwort nur als störend empfinden. Ein Teil des Publikums gab sich denn auch recht bald der angenehmen Beschäftigung der privaten Unterhaltung hin. Für künftige Vorträge wird Herr Schmidt bedenken müssen, daß kein Mensch eine Stunde lang Augen und Ohren gleich angestrengt benutzen kann, daß vielmehr die rechte Mühe dazu gehört, solche Naturbilder zu würdigen.

Da waren gestern die kinematographischen Vorführungen dem Vortrag doch entschieden vorzuziehen. Auch sie boten Naturwunderungen und waren ganz ohne Text verständlich. Denn daß das Bächlein rauscht und daß die Vögel fliegen, weiß jeder Mensch von selbst. Bei Naturwunderungen ist ein vorzüglicher Begleiter sicher der beste.

### Gehalt während der Krankheit.

Ob der § 63 des Handelsgesetzbuches zum Grunde des Recht ist oder ob durch Sondervereinbarung der Gehalt in Krankheitsfällen abgezogen werden kann, ist immer noch Gegenstand eingehender Beratung vor dem Kaufmannsgericht. In der Sitzung am 15. Januar hatte ein Handlungsgehilfe gegen eine Firma auf Zahlung eines Restgehalts von 37 Mk. für 1/2 Tage. Der Kläger war eine Woche schwer krank, er mußte operiert werden. Von einer vorgetauften Krankheit kam somit keine Rede sein. Der Arbeitgeber zog ihm auf Grund des Anstellungsvertrages den angeführten Betrag vom Gehalt ab. Der Kläger führte an, er habe nicht gewußt, daß der Vertrag eine Vorchrift enthalte, die der Firma das Recht gibt, in Krankheitsfällen das Gehalt einzubehalten. Mit der Unterschrift des Vertrages sei es eine eigene Sache; es sei ihm ein vier Seiten langer Vertrag zur Unterschrift vorgelegt worden, den man nicht so schnell durchlesen könne. Jeder Handlungsgehilfe ist froh, eine Stellung zu finden, er hilft sich, Einwendungen zu machen. Erst wenn Streitigkeiten vorkommen, erfährt er, was er unterschrieben hat. Der Vorsitzende, Magistratsrat Steinhilber, gab sich die erhebliche Mühe, eine Einigung der streitenden Parteien herbei zu führen, es gelang aber nicht. Des „Prinzips“ wegen wollte sich die Verklagte zu einer Einigung nicht verstehen. Der Kläger wurde mit seinem Anspruch abgewiesen; der § 63 wurde nicht als zwingendes Recht anerkannt. Wir sehen die es Urteil als einen Fehlurteil an. Der Arbeitgeber hat offenbar haben wollen, daß den Handlungsgehilfen auch in kranken Tagen das Gehalt sechs Wochen lang gezahlt wird.

### Auch eine „Revolte“.

Nicht weniger als ein Jahr und neun Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verhängte das Breslauer Schöffengericht am Mittwoch über den Erdarbeiter Karl Pradel, der im August 1912 am Festbahnbau in Scheitling beschäftigt war. Der Anwalt sprach in seinen Ausführungen davon, der Angeklagte hätte eine „vegetarische kleine Revolte“ gegen den Vorarbeiter Georg Lau und den Tiefbautechniker

Walter Schlei aufgeführt. Auf die Aussage des Vorarbeiters Lau stützte sich die harte Verurteilung. Entlastungszeugen, auf die sich der Angeklagte berief, waren zum Termin nicht geladen. Ihre Vernehmung wurde auch nicht beschlossen, da dem Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Englich, die Sache auf Grund der elblichen Aussagen des Zeugen Lau „hinreichend aufgeklärt“ erschien. Der Vorarbeiter Lau, unter dessen Aufsicht der Angeklagte stand, schilderte die zur Anklage stehenden Vorgänge wie folgt:

Er habe mit den Arbeitern stets Ärger gehabt, weil sie während der Arbeitszeit vielfach nach Schnaps gingen und sich Lohnabzüge für diese Zeitverräumnisse nicht gefallen ließen. Eines Tages im August sei ihm die Beltvertrödelerei doch zu bunt geworden und er habe den Leuten ernstere Vorhaltungen gemacht. Dabei sei ihm der Angeklagte „sehr laut und renitent“ entgegengetreten. Etwa 100 andere Arbeiter, die dem erregten Wortwechsel beizuhören, hätten den Angeklagten durch „heftige Zurufe“ zu Tätlichkeiten ermuntert und angeflucht. So habe ihm ein Arbeiter zugerufen: „Schlag doch den Hund tot!“ Pradel hatte auch tatsächlich nach einem Stoß mit der Faust gegriffen und damit ihn der Vorarbeiter, mehrmals kräftig über den Kopf geschlagen. Die dadurch entstandenen Kopfverletzungen seien nicht allzu schwer gewesen. Der Tiefbautechniker Schlei habe sich in die Prügelei eingemischt, um Lau zu verteidigen. Dabei hat Schlei den Angeklagten kräftig geschlagen, ist aber umgekehrt auch von diesem angeklagt worden. Wegen der von Schlei an dem Angeklagten begangenen Körperverletzung nahm der Vertreter der Anklage und auch das Gericht berechnete Pradel an. Die Darstellung des Zeugen Lau bezeichnete der Angeklagte als unrichtig. Pradel hielt dem Vorarbeiter vor, wie er ihn mit einem Schraubenschlüssel ebenfalls geschlagen habe. Weitere Zeugen wurden, wie schon erwähnt, nicht gehört. Der Anwalt sah das Beweisergebnis in die Behauptung zusammen, daß der Angeklagte ein äußerst gewalttätiger Mensch sei, der mit aller gefühllos: Strenge angefaßt zu werden verdiene. Schon wegen der zahlreichen Vorstrafen Pradels, die alle auf dem Gebiete der Missetaten liegen, sei eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten Gefängnis durchaus nicht zu hoch gegriffen. Derselben Ansicht war auch das Gericht, das auf die beantragte harte Strafe erkannte und wegen Fluchtverdachts die sofortige Verhaftung des Angeklagten beschloß. Vor seiner Abführung ins Untersuchungsgefängnis durch den Gerichtsbüroer erklärte Pradel, er werde Berufung einlegen und auf diese Vernehmung von Entlastungszeugen bestehen.

**\* Der Tierzuchtverein** hielt am Montag im „Kaufmannsheim“ seine Generalversammlung ab. Die Anregung, ein Preis für zugelaufene Hunde zu errichten, rief eine längere Aussprache hervor, die Beschlusfassung wurde jedoch vertagt. Nach dem vom Schatzmeister, Inspektor Wospij, erstatteten Kasierbericht betrug die Einnahme am 31. Dezember 1917 mit dem Kassensbestand vom Jahre 1911 43813 Mk., die Ausgabe 6189 Mark. Nach dem Jahresbericht des Schriftführers sah man abhät der Verein 1161 Mitglieder, das Vermögen beträgt 42874 Mk. Von 618 Angelegen wegen Tierquälereien waren erledigt: 86 durch das Gericht, 292 durch die Polizei, 160 durch Vermahnung und Belehrung des Vereins. Legate und Geschenke wurden 246 Mark überwiesen. Die Jahrschule, die unentgeltlich für Schüler ausbietet, erforderte 2875 Mk., wozu der Magistrat 2000 Mk. beisteuerte. Für den Tierzucht wurden 2164 Mk. ausgegeben.

**\* Der Neubau der Eisenbahn-Direktion** auf den Zeischäden ist äußerlich fast vollendet. Auf der linken und der rechten Seite ist bereits das Dach aufgesetzt und zum Teil auch mit roten Dachziegeln eingedeckt. Der Bau nicht einen statischen Eindruck. Ueber dem Sockelgeschoß erheben sich vier Hauptgeschosse. Von diesen sind die unteren drei architektonisch aufeinandergefaßt, während das oberste Stockwerk als leichter Aufbau über dem kräftigen Hauptgeschoß aufgesetzt ist. Außer durch das Haupttreppenhäuser werden die Geschosse noch durch vier größere Treppenhäuser an den Ecken und durch ein höfentliches Haupttreppenhäuser des Ostbaues mit einander verbunden.

**\* Ein neuer Kaffee-Ausflucht.** Die Gruppe des Breslauer Armenpflegerinnen-Vereins zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs hat vor einiger Zeit eine dritte Kaffee-Ausfluchtstelle eröffnet, die in der Wärmehalle am Trebnitzer Platz untergebracht ist.

**\* Festgenommene Schaufensterdieb.** Auf der Poststraße ist in der Nacht zum Dienstag der Schaufenster eines Geschäfts erbrochen worden, und die Diebe haben daraus Handschuhe, Knöpfe und verschiedene andere Waren gestohlen. Noch an demselben Tage gelang es der Kriminalpolizei, die Täter in zwei etwa 19-jährigen Burschen zu ermitteln und festzunehmen.

**\* Der strengen Kälte** in der vorigen Woche folgte vor Sonntag an wieder mildes Wetter, zum Teil auch Regen. Das Quecksilber stieg bis auf 4 Grad Wärme und die Freuden der Eisbahnen waren schnell dahin. In der vergangenen Nacht haben wir nun Schnee bekommen und heute früh hatten die Hausmeister alle Hände voll zu tun, um die weiße Decke von den Bürgersteigen und Straßen zu entfernen. Auch vormittags schneite es noch; aber vom Schnee war nichts zu sehen, denn er zertrann sofort und vermengte sich mit dem Straßenschmutz.

## Thalia-Theater.

„Die Erzieherin“, Komödie in vier Akten von Arthur Dinter.

Un dem geistigen Gehalt der „Generalrede“ von Skowronnek gemessen, ist dieses Stück, trotz aller Gouvernantensentimentalität, nicht ohne gewissen Wert, wenngleich es manche starke Unwahrscheinlichkeiten aufweist.

Ein sehr vermöglicher Fabrikbesitzer, der seit zwei Jahren Witwer ist, sucht für seine Kinder eine Erzieherin, die sich denn auch in Gestalt einer eleganten jungen Dame findet, in die sich der Hausherr sowohl, wie auch der in seiner Zintenfabrik beschäftigte Neffe, der Chemiker Dr. Bergmann, verlieben. Beide nehmen an, daß die von ihnen verehrte Dame eine „tadellose“ Vergangenheit habe. Doch in diesem Punkte ist nicht alles in Ordnung, wie wir bald aus dem Munde eines zum Hochstapler herabgesunkenen ehemaligen Opernängers erfahren, der die ihm früher zugesandten Liebesbriefe „vornehmer“ Damen zu nachträglichen Erpressungen benutzte. Auch von der Erzieherin verfuhr er auf Umwegen Geld erlangen und als ihm das nicht recht gelingen will, plaudert er aus der Schule. Helene Keller sieht ein, daß sie sich nur auch in dieser Stellung unmöglich gemacht hat, aber sie will wenigstens die Gelegenheit benutzen, um die unbeanregte Liebe ihrer beiden Verehrer zu erproben. Den jüngeren, den Dr. Bergmann, läßt sie einen Einblick in ihre Vergangenheit wezen. Als er erfährt, daß sie schon einmal Mutter geworden ist, legt sich auf seine Liebesbeizeerung ein kühler Hauch und er läßt sich nicht in die Arme seiner Routine führen. Anders verläuft die Probe bei dem Fabrikbesitzer, der als älterer Mann nicht mehr so hoch geschraubte Ansprüche mitbringt und für den längst vergessenen Schicksal „Vergewaltigung“ hat. Er also führt die Braut heim.

Der starke Befall, den das Stück vor dem gut besetzten Hause erzielte, ist vor allem dem hübschen Spiel des kleinen D. Delling zu verdanken. Ihre „Erzieherin“ war in jeder

Beziehung eine Musterleistung. In der Dame scheint eine gute Darstellerin jenseitiger Frauencharaktere zu stecken. Hoffentlich gibt man ihr Gelegenheit, sich auch einmal in dieser Richtung zu betätigen. Auch Herr Sloboda hatte seinen Dr. Bergmann sorgfältig durchgearbeitet. Besonders in dem Augenblick, wo er die Veranlassung seiner Angelegenheiten erfährt, war sein Spiel von einer schlichten Tiefe. Recht interessant war oft Herr Marx als Fabrikbesitzer, wie auch Herr Mühlberg in die Expressrolle des Wakkons sich recht gut hineingearbeitet hatte. Nettwar der Bassisch Lotte des Fr. Sprengholz.

## Literatur.

**Fachblatt für Holzarbeiter.** Heft 1 des achten Jahrgangs, Januar 1918. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin.

Der neue Jahrgang beginnt mit einem Programmatitel von Karl Scheffler „Besetzte Arbeit“, in dem dieser die geschichtlichen Wandlungen in dem Einfluß des Handwerkers auf sein Arbeitsstück und die heutige Mission des Arbeiters in Bezug auf die Förderung der Qualitätsarbeit skizziert. Um das Verständnis für die heutigen Formen zu erwecken, wird sodann der Besetzung zweier Dinge gezeichnet, die den Tischler besonders interessieren: der Fenster- und der Möbelbeschläge. Rechtlich Anger behandelt die eine, Emil August die andere Frage. Weitere Abhandlungen über Glaub- und Späneablaugungsanlagen und über das Naturmaterialien verworfenen das reichhaltige Heft.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postämtern und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Drei neue Hefen sind schon im Auftrage der Verlagsanstalt im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. Berlin, 258, 259, 260, erschienen. Der erste Heft ist die eine Heft: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

**Kratie vor Gericht,** mit den vom Reichsverband angezeigten Projekten und dem für den Reichsverband blamablen Ausgang desselben befaßt, beschäftigen sich die beiden anderen mit dem Kriege. Die eine führt den Titel: **Krieg dem Kriege,** und gibt einen Auszug aus den Reden, die gelegentlich des Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses gehalten wurden. Die zweite führt den Titel: **Die Grenzen des Krieges,** und gibt Darstellungen bürgerlicher Journalisten über die grausamen Verwüstungen, die der Balkankrieg angerichtet hat, wieder.

Alle drei Broschüren sind sehr interessant. Sie eignen sich auch besonders zu Massenverteilungen. Der Einzelpreis beträgt 10 Pf. Organisations erhalten bei Massenzug besondere Preise.

**Im neuen Arbeit** ist der Leitartikel der Nummer 1 des Jahrgangs 1918 der **Kommunisten Praxis** beiteil. In diesem werden zwei Neueinstellungen angeklagt, die sicher allgemeinem Interesse begegnen werden. Schon immer wird den Bedürfnissen der Landgemeinden ein besonderes Interesse entgegengebracht; von jetzt ab aber soll dieses Gebiet noch ausgedehnt werden und wird in jeder Nummer eine besondere Abteilung, beiteil. Die Landgemeinde, enthalten sein. Aber auch den ehrenamtlichen Genossen, die nicht Gemeindevorsteher oder Stadtvorordnete sind, will die **Kommunisten Praxis** jetzt mehr wie bisher mit gutem Rat zur Seite stehen. Die sozialdemokratischen Ehrenbeamten — deren Zahl ständig wächst — werden sicher gern Kenntnis nehmen, daß die **Kommunisten Praxis** hinfort — in einer Rubrik „Das Ehrenamt“ — sich mit den Rechten, Pflichten und den besonderen Aufgaben der Armenpfleger- und Waisenräte befaßen und ihnen eine regelmäßige Anleitung geben will. Der Abonnementspreis bleibt unverändert. Die **Kommunisten Praxis** kostet pro Quartal 3 Mark und wird durch alle Postämter, Buchhandlungen und Expeditionen geliefert. Preis: 3 Mark. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben. Paul Singer & Co. Berlin C 2, 258.



## Deutscher Reichstag.

95. Sitzung, Mittwoch, den 22. Januar 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

### Etat des Reichsamts des Innern.

Zunächst wird über die zum vorjährigen Etat des Reichsamts des Innern beantragte und damals zurückgestellte Resolutionen abgehandelt.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution, die den Nachmittagsstunden für die im Handels-, Industrie- und Verkehrswesen beschäftigten Personen fordert.

Angenommen werden — meist gegen die Stimmen der Konservativen, alle Resolutionen, die den Ausbau des Koalitionsrechts und des Arbeitsrechts verlangen.

Angenommen werden ferner die Resolutionen, die ein Reichsberggesetz wünschen, ebenso die sozialdemokratische Resolution, in der für die technischen Angestellten und Bureauangestellten ähnliche soziale Schutzbestimmungen verlangt werden, wie für die Handelsangestellten.

Angenommen werden auch die sozialdemokratische Resolution, in der das

### Koalitionsrecht der Landarbeiter

gefordert wird. Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung der Gefängnisstrafen.

Eine Resolution auf Abänderung des § 100 a, entsprechend den Wünschen der Handwerker, wird angenommen, desgleichen eine Resolution, welche die Bekämpfung der Untertierpepen fordert.

Bei der Abstimmung über eine Resolution Brandys (Wolke), welche von der Regierung Beihilfen an Private zu Versuchen mit künstlicher Verdüsterung (künstlicher Regen) verlangt, stellt das Präsidium unter stürmischer Beifallstimmung fest, daß das Referat der Abstimmung zweifelhaft sei und daher Sammelberatung erfolgen müsse. Lebhaftigkeit herrscht auf den Tribünen, als Aba. R. S. (Kons.) schließlich als letzter der Abgeordneten schlafend auf seinem Platze eintrifft und erst bei dem lauten Gelächter über sich selbst den Kopf verliert.

Die Resolution wird mit 171 gegen 153 Stimmen angenommen; für sie stimmen die Konservativen, Polen und Sozialdemokraten, gegen sie stimmt das Zentrum, die Nationalliberalen, die Volkspartei und die Reichspartei.

Es folgt dann die Abstimmung über die in diesem Jahre zum Titel „Staatssekretär“ vorliegenden Resolutionen. Abgelehnt werden einige Resolutionen der Wirtschaftlichen Vereinigung, resp. Antilekten, die völlige Abschaffung enthalten. Eine Resolution Dr. Berner (Ant.), die das gesetzliche Verbot der Naturverhandlung durch Blafat und Breiterklame fordert, wird mit den Stimmen von Abgeordneten aus allen Parteien angenommen.

Von einer Resolution Dr. Berner (Ant.) die 16 Befehle zum Schutze des gewerbetreibenden Mittelstandes verlangt, werden nur einige Teile angenommen, z. B. soweit die Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlehrausbildung, der Fachschulen und der Handwerkskammer unter Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, verlangt wird, ferner bessere Wahrung der Forderungen des Handwerks in der Konkursordnung, Errichtung eines Reichsamts zur Bewirtschaftung der Syndikate, Kartelle und ähnlichen Vereinigungen, Bekämpfung des versteckten Warenhandels, Verschärfung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte, Regelung des Submissionswesens bei Vergabe von Arbeiten für den Reichsbau, weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit, Festhaltung ausländischer Passierer usw.

Schließlich wird namentlich abgestimmt über die konservative Streitposten-Resolution.

Die Regierung zu ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs dem Reichstag einen Befehlentwurf vorzulegen, durch welchen das Streitpostenverbot erlassen wird.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Resolution mit 82 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Mit der Mehrheit stimmt auch der Abg. Graf Poldowski.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel 7 Titel

### „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“

fortgesetzt.

Abg. Schulz (Soz.): Es ist beinahe Tradition geworden, daß bei diesem Titel der Zentralstelle für Volkswohlfahrt von bürgerlicher Seite einige Worte des Lobes gesagt werden. Nur Herr Kamp hat sich zuletzt etwas unwillig erkundigt, wofür denn eigentlich diese Gelder ausgegeben würden, und hat die Notwendigkeit der Zentrale in Frage gestellt. Das müßte etwas wundernehmen, weil es ein Fraktionsgenosse des Herrn Kamp, der inzwischen verstorbenen Graf Douglas, war, der in gewissem Sinne der intellektuelle Urheber dieser Zentralstelle gewesen ist. Wir Sozialdemokraten sind auch keine Lobredner der Zentralstelle für Volkswohlfahrt; aber wir stehen doch nicht da, wo die Herren Kamp und Dille stehen. Sie lächerlich die Vergiftung der Regierung durch den sogenannten Kathedertotalitarismus oder wie er neuerdings heißt, Klassenmoralismus. Wir sehen umgekehrt in der Zentrale ein wertvolles Hilfsmittel der Regierung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die wirklich freie Tätigkeit zur sozialen Besserung wird ausgeübt von den Arbeitergewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Gerade diese beiden Faktoren für wirkliche Volkswohlfahrt sind in der Zentralstelle nicht vertreten, sondern werden von ihr bekämpft. Ich gebe zu, daß diese Bekämpfung nicht offen und nicht mit pümpfen Mitteln vorgenommen wird, es ist ein Kampf mit geistigen Waffen. Die Zentralstelle bringt Argumente für ihre Anschauungen vor. Sie hat auch eine ganze Reihe von wertvollen wissenschaftlichen Publikationen herausgegeben, die auch von uns für einschlägige Arbeiten gern benutzt werden. Uns ist selbstverständlich ein Gegner lieber, der uns mit geistigen Waffen bekämpft, als ein pümpfer Scharfmacher, möge er nun in Töne politischer Unfehlbarkeit zum Wolke reden oder seine Scharfmacherei einwickeln in süßliche Wigwags. Aber die Sozialistenbekämpfung wird nicht zur Volkswohlfahrt, wenn sie sich auch noch so akademisch gebärde. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie geht aus allen Publikationen sowie aus der praktischen Tätigkeit der Zentralstelle hervor. Selbstverständlich bestreiten wir der Zentralstelle nicht das Recht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen; andere sozialpolitische Anschauungen zu vertreten als wir. Wir selbst machen ja von dem Recht, uns entgegenstehende Ansichten zu bekämpfen, ausgiebigen Gebrauch und es stände uns daher schlecht an, wenn wir dasselbe anderen Leuten wehren wollten. Wogegen wir protestieren, ist die Subventionierung irgend welcher politischer Betätigung aus Staats- oder Reichsmitteln. Die Reichseinnahmen werden aus den Steuererträgen der Gesamtheit ausgebracht, in erster Linie aus indirekten Steuern. Es wäre eine gute Aufgabe für die Zentralstelle nachzuweisen, wie sehr die Volkswohlfahrt durch das System der indirekten Steuern geschädigt wird. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Man kann von uns als den Vertretern von 4 1/2 Millionen deutschen Steuerzahlern nicht die Bewilligung von Mitteln verlangen, die dazu dienen sollen, uns zu bekämpfen. Ich will heute nur einen Hinweis auf die Tätigkeit dieser Zentralstelle lenken, der neuerdings besonders im Vordergrund

steht und bei dem ihre politischen Tendenzen besonders kraß zum Ausdruck kommen, das ist

### die sogenannte Jugendpflege.

Ich will nicht bestreiten, daß sich die Zentralstelle in früheren Jahren mit den Problemen der Jugendpflege und Fürsorge beschäftigt, daß sie manche Fragen in die öffentliche Diskussion geworfen und auch Material dazu geliefert hat. Ihre Veröffentlichung kann jeder mit Interesse lesen, der sich überhaupt für das Problem der Jugendpflege interessiert. Aber das Material ist Jahrzehntelang unbeachtet geblieben. Anders wurde es erst, als die Arbeiter die Jugendbewegung in die Hand nahmen. Das war der Arbeiterbewegung früher nicht möglich, da sie unter dem Ausnahmegesetz und seinen Nachwehen, der Zuchtanstaltsvorlage usw. die Hände nicht frei hatte. Also als die Sozialdemokratie das Problem der Jugendfürsorge aufgriff, da erkannten die Gegner der Arbeiterbewegung, wie wichtig für die zeitige Verfassung der späteren Erwachsenen eine rechtzeitige und gewissenhafte Pflege der Jugendlichen nach der Schulentlassung sei. Es ging nun sehr schnell mit der bürgerlichen Jugendpflege. Raum ein Jahr hat es gedauert und heute kennen Minister und Geheimräte, Regierungsväsidenten und Landräte kaum noch eine wichtigere Aufgabe als die Jugendpflege und die Stadtverwaltungen werden mit diesbezüglichen Verfügungen und Verordnungen derartig bombardiert, daß sie oft nicht mehr aus dem Kopf wissen. Von welchen Beweggründen sie sich dabei leiten lassen, beweisen z. B. folgende Ausführungen im 1. Teil 3 ihrer Flugblätter „Fürsorge für die schulentlassene ländliche Jugend“, verfaßt von einem der ersten Deputierten der Zentralstelle für dies Gebiet. Es heißt da: „Mit Sorge muß es auch erfüllt, zu sehen, mit welchem Eifer die Sozialdemokratie sich bemüht, die Jugend in ihre Vereine zu ziehen. Es wird von den Sozialdemokraten offen zugegeben, daß hier die Jugend für den späteren politischen Parteikampf geschnitten werden soll. Neuerdings ist jedem politischen Kreise der sozialdemokratischen Jugendvereine ein Regel vorgeschrieben, aber im geheimen geht die Wahlarbeit weiter. Bei der großen Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, mit der von der Sozialdemokratie der parteipolitische Kampf geführt wird, wird schon in der Jugend jenes Misstrauen und jene Dämonisierung erzeugt, die es zu keiner harmonischen Entfaltung der Gaben und Kräfte des Gemütes und Charakters kommen läßt.“ So viel Sätze, so viel Unrichtigkeiten. Der Verfasser muß es zunächst als Sachverständiger wissen, daß als er dies im Jahre 1910 schrieb, durch den veröffentlichten Jugendparagrafen des Reichsvereinsgesetzes bereits allen proletarischen Jugendvereinen das Lebenslicht ausgeblasen war. Er scheint sich noch besonders darüber zu freuen, und fügt außerdem noch das niedliche Denunziationshünzchen hinzu, das im geheimen die Wahlarbeit weiter geht. Wenn er weiter behauptet, daß die Jugendbewegung von der Sozialdemokratie bemacht werden solle, um aus den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen gleichsam Sozialdemokraten en miniature zu machen, so ist das ein großer Irrtum. Von diesem

### pädagogischen Mißgriff

muß uns schon das böse Beispiel der bürgerlichen Jugendbewegung warnen. Kommt doch die Jung-Deutschlandbewegung auf nichts anderes hinaus, als durch die Nachahmung militärischer Gebräuche möglichst schon die Schulkinder zu kleinen Soldaten zu machen. Wir wollen nur nur dafür sorgen, daß in der Jugend alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten erschlossen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ebensoviele wünschen wir eine politische Jugendwehr. „Politisch“ heißt, ein gewisses Ziel, sagen wir gewiß nicht. Wohl aber gehört zur Politik die robuste Natur eines Erwachsenen. Wir Sozialisten wollen den Kindern die Natürlichkeit der Jugend erhalten. Das Erwachen der politischen Erkenntnis läßt sich ja gewiß nicht festlegen, das Reichsvereinsgesetz will dieses Erwachen mit dem 18. Jahre festlegen, bei manchen erwacht die politische Erkenntniswelt früher, bei anderen weit später, mancher gelangt nie dazu. (Sehr wahr!) Bei den Arbeiterkindern erwacht sie im allgemeinen deshalb früher, weil man sich in den Arbeiterfamilien mehr um das öffentliche Leben kümmert, und vor allem, weil die Arbeiterkinder schon mit dem 14. und 15. Lebensjahr in den Lebenskampf hineingestossen werden. In den Versammlungen der Arbeiterjugend wird keine Politik getrieben, sondern wissenschaftliche, literarische, künstlerische Vorträge gehalten; gelegentlich spricht man natürlich auch über Politik, aber in unpolitischer Weise. Das ist natürlich möglich, sonst würde ja jeder Schullehrer, der über die politischen Gründe Friedrichs II. zum schlesischen Kriege vorträgt, Politik treiben. Um so mehr müssen wir uns

### gegen die Schikanen wenden,

mit denen unsere Jugendbewegung verfolgt wird. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt trägt einen großen Teil der Verantwortung für den Kampf der Behörden gegen unsere Jugendbewegung, denn sie steht an der Spitze der bürgerlichen Jugendbewegung, die ungehindert Politik treibt. Oder ist es etwa keine Politik, wenn die Kinder gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht werden, wenn der Jung-Deutschland-Bund geradezu systematisch die Kriegsverherrlichung treibt. Der Generalgewaltige des Bundes, Feldmarschall v. d. Goltz, soll neulich gesagt haben: „Wenns doch einmal loskäme“, wie muß derartige auf die jungen Leute einwirken. Dr. Dertel hat neulich Herrn Haug den Rat gegeben, für den Frieden zu wirken. Möge er doch einmal den Friedensstörern in seinen eigenen Kreisen das Handwerk legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerliche Jugendbewegung hat ja nur den Zweck, der Sozialdemokratie den Nachwuchs abzuwehren zu machen. Wir können das auf sich beruhen lassen, aber wir wollen nicht, daß Unfrieden in die Arbeiterfamilie hineingetragen wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gerade Sie, die die Familie als Grundlage der Gesellschaft hinstellen, hegen die Kinder gegen die Eltern auf. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Es ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, zu wünschen, daß unser Nachwuchs dereinst in unsere Fußstapfen tritt. Wenn die Kinder reif geworden sind, und sich als Erwachsene entscheiden, dann wollen wir, daß sie noch entscheidendere und bessere Sozialdemokraten werden als wir. Freilich haben Sie die Macht, unser natürliches Menschenrecht zu vergewaltigen. Soweit wir können, tun wir dem entgegen, und dazu gehört auch, daß wir hier die geforderten Mittel für Volkswohlfahrt verweigern. (Leb. Bravo! b. d. Soz.)

Brinz zu Schwabach-Carolath (nat.): An Schikanen gegen die proletarische Jugendbewegung ist doch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt unschuldig. Sie kann doch nicht für das verantwortlich gemacht werden, was Feldmarschall v. d. Goltz gesagt haben soll. Die Soldatenpöbelerei der Kinder verurteilen auch viele bürgerliche Elemente. Wohl aber ist es unsere Pflicht, der Jugend vaterländische Gesinnung und die Tradition unserer glorreichen Geschichte zu erhalten. (Leb. Bravo!)

Abg. Dr. Riper (Ztr.): Die Tätigkeit der Zentralstelle ist keine politische. Im Gegensatz zu Herrn Schulz ist kein Parteifreund Franz für die politische Erziehung der Arbeiterkinder schon vom 14. bis 18. Lebensjahre eingereitet. Die bürgerlichen Jugendvereine haben sich dagegen nirgends einer politischen Partei angeschlossen.

Unterstaatssekretär Richter: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine private, nicht politische Institution, in der Männer aller bürgerlichen Parteien tätig sind.

Abg. Bruchhoff (Nat.): Die Sozialdemokratie will durch die proletarische Jugendbewegung doch sicher die Jugend von den bürgerlichen Parteien abwendig machen. (Sehr richtig! bei den bürgerl. Parteien.) Vom Jung-Deutschland-Bunde haben sich viele pädagogische Kreise getrennt und in Gruppen mehr oder weniger junge Kreisvereine in Uniform mehr oder

als sie, aber die nationale Erziehung unserer Jugend können wir nicht preisgeben. Die Schule befindet sich der Sozialdemokratie gegenüber in einer gewissen Notwehr. Ich vermahne die Lehrer dagegen, im Geschichtsunterricht bloßen Intrapatriotismus zu pflegen. Aber wir müssen der Sozialdemokratie gegenüber unsere nationale Einheit erhalten. (Leb. Weisfall b. d. bürgerl. Parteien.)

### Abg. Davidsohn (Soz.):

Mein Kollege Schulz hat sich mit Recht dagegen gewendet, daß die Herren aus dem bürgerlichen Lager sich vom Reich subventionieren lassen. Mögen sie sich doch zusammenschließen gegen uns, aber dann sollen sie ihre Jugendbewegung ebenso bezahlen aus eigenen Mitteln, wie wir. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Das Budget der Zentrale für Volkswohlfahrt beträgt 130000 Mk., die zum größten Teil aus Reichs- und Staatsmitteln, also aus den Mitteln der Steuerzahler, fließen. Dagegen protestieren wir mit Recht. Der Vertritt der Zentrale und alle von ihr gebildeten Institutionen und Körperschaften sind ganz einseitig zusammengesetzt. Herr Müller-Meinigen hat ganz im Gegensatz zu Herrn Bruchhoff vor einigen Jahren diese Zusammenlegung, bei der das künstlerische, das schriftstellerische Element vollständig fehlt, in der immer nur eine bestimmte politische Klasse Einfluß hat, scharf gerügt. Herr Bruchhoff will der Jugend den Rest der Autorität erhalten wissen. Wie können Sie denn der proletarischen Jugend Mißachtung der eigenen Eltern einflößen? (Sehr wahr! bei den Soz.) Das muß zu einer Zerplitterung des Familienlebens führen, gegen die wir uns wenden. — Herr Riper erwidere ich, daß politische Bildung nicht mit parteipolitischer Bildung zusammenfällt, und mein Parteifreund Franz hat in den von Riper zitierten Stellen nur von allgemeiner politischer Bildung gesprochen. Die Zentrale hält es nicht einmal für nötig, trotz der ihr gewährten Subvention der Reichsstaatsbibliothek ihre Publikationen zur Verfügung zu stellen. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor Schwab: Das ist nicht richtig. Die Zentralstelle hat im letzten Jahre ihre Publikationen durch das Amt des Innern dem Reichstag überreicht.

Abg. Bell (Ztr.): Parteipolitik wird von der Zentralstelle nicht getrieben. Vertreter aller bürgerlichen Parteien arbeiten an ihr mit! (Brinz b. d. Soz. Bürgerliche!) Die Arbeiterjugendbewegung ist sozialdemokratisch, denn ihr Ziel ist die Vorbereitung für den Klassenkampf des gesamten Proletariats. Sie ist nur scheinbar aufgelöst worden. Die Zentralstelle aber hält sich frei von Parteipolitik.

Abg. Schulz (Soz.): Wir haben garnichts dagegen, daß die Zentralstelle uns bekämpft. Aber wir lehnen die Unterstützung aus Reichsmitteln für eine solche einseitige Zentralstelle ab. (Sehr gut! b. d. Soz.) Durch die Art des heutigen Geschichtsunterrichts und ihrer Jugendpflege wird erst der politische Kampf in die proletarische Jugend hineingetragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sozialdemokratische Jugendorganisationen gibt es leider nicht mehr. Unsere blühende Jugendbewegung ist aufgelöst, und gerade diese empörende Ungerechtigkeit hat die größte Erbitterung unter der proletarischen Jugend hervorgezogen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Reus (Soz.): Vor zwei Jahren hat der Reichstag einstimmig eine Resolution angenommen, das Reich möge dem Verein für Soziale Innere Kolonisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose eine Förderung zuteil werden lassen. Das ist inzwischen geschehen. Die Bestrebungen dieses Vereins verdienen in der Tat allseitige Beachtung.

Die Debatte schließt. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Zum Titel Belastung des Reichs aus den auf den Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen beantragt die Kommission eine Resolution, die eine neue Berechnung über diese Belastung verlangt und, falls diese geringer ist, als bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung angenommen wurde, eine Befehlsvorlage, durch die

### die Renten soweit erhöht werden,

wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Was wir bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung vorausgesetzt haben, ist eingetroffen. Damals bezeichnete man unsere Ansprüche als phantastisch, denn sie würden ungezählte Milliarden verschlingen. Wir sagten voraus, daß die Lösung über die Leistungen der Reichsversicherungsordnung nicht lange vorhalten würde. Schon jetzt sehen wir, wie weit die Wirklichkeit hinter den vor der Mehrheit angenommenen Zahlen für den Reichszuschuß bei der Hinterbliebenenversicherung zurückbleibt. Auch bei der Seemannsordnung hatte man uns solche phantastische Berechnungen vorgelegt, und heute bekommen die armen Witwen der Seeleute noch keine Renten. Sie müssen dafür büßen, daß die Mathematiker sich so ungeheuerlich verrechnet haben. Redner geht eingehend auf die Berechnungen ein und hebt hervor, daß die Renten erheblich erhöht werden könnten. Aber das wollte man nicht. Dafür werden große Kapitalien angesammelt. Die Witwen und Waisen aber müssen verhungern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Art der Behandlung erinnert an den Weizsäcker, der Schätze sammelt und vergräbt, und bei seinen Schänen hungert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daher sollte man die Erhöhung der Renten im Auge behalten. Das Zentrum hat mit der Bewilligung dieser Witwen- und Waisenversorgung dem arbeitenden Volke einen schlimmen Dienst erwiesen. (Weisfall b. d. Soz.)

Geheimrat Caspar hält es für unrichtig, die Erfahrungen des ersten Jahres der Hinterbliebenenversicherung der Berechnungen zu Grunde zulegen. Überall habe sich gezeigt, daß die Renten erst ganz allmählich den erwartenden Umfang annehmen.

Abg. Göttsch (Ztr.): Es wäre besser, wenn solche ausführliche Berechnungen uns vorher schriftlich mitgeteilt würden; so können wir ihnen unmöglich folgen. Sollten die Ergebnisse auch des nächsten Jahres zeigen, daß eine Erhöhung der Renten und Waisen möglich ist, so wäre das zweifellos eine unserer dringenden Aufgaben. Der Resolution stimmen wir zu. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Ausführungen des Prof. Bernhard in seinem Budget: „Die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auch ich halte die Folgerungen dieses Buches für unzureichend; zum Teil sind sie durch Publikationen aus meinem Amt schon widerlegt. Ich werde demnach alle auf dem Gebiet des Schutzes der Gesundheit der Arbeiter geltenden neueren Bestimmungen zusammenfassen, nicht nur die Bundesratsverordnungen, sondern auch die Grundzüge, die zur Ansetzung der Lokal- und Polizeibeamten, Gewerbebeamten dienen. Im Anschluß daran soll eine eingehende Darstellung und Würdigung der Ergebnisse unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ausgearbeitet werden. Natürlich kann diese Arbeit nicht in wenigen Monaten herbeigeführt werden.

Abg. Giesbers (Zentr.): Wir stimmen der Resolution zu, ohne entscheiden zu wollen, wer von den beiden Rechnern recht hat. Das Vorgehen von Prof. Bernhard sollte man nicht unterlassen; hinter ihm steht eine ganze Clique von Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Mollenhuth (Soz.) wendet sich gegen Einzelheiten in den Berechnungen des Geheimrats Caspar. Er habe übrigens seiner Rechnung nicht die Resultate des ersten Jahres der Witwen- und Waisenversicherung zugrunde gelegt, sondern eine erheblich höhere Zahl von Hinterbliebenen angenommen.

Abg. Becker (Ztr.): Die Broschüre des Prof. Bernhard darf man auch nicht übersehen. Sie ist abgetan schon durch die kolossalen Übererhebungen, die in ihr enthalten sind. (Sehr richtig!) Natürlich gibt es auch Simulanten unter den Arbeitern. Aber von einer Heranziehung der Arbeiter zum Kampf des deutschen Vaterlandes dürfen wir nicht

fortgesetzt.

Abg. Schulz (Soz.): Es ist beinahe Tradition geworden, daß bei diesem Titel der Zentralstelle für Volkswohlfahrt von bürgerlicher Seite einige Worte des Lobes gesagt werden. Nur Herr Kamp hat sich zuletzt etwas unwillig erkundigt, wofür denn eigentlich diese Gelder ausgegeben würden, und hat die Notwendigkeit der Zentrale in Frage gestellt. Das müßte etwas wundernehmen, weil es ein Fraktionsgenosse des Herrn Kamp, der inzwischen verstorbenen Graf Douglas, war, der in gewissem Sinne der intellektuelle Urheber dieser Zentralstelle gewesen ist. Wir Sozialdemokraten sind auch keine Lobredner der Zentralstelle für Volkswohlfahrt; aber wir stehen doch nicht da, wo die Herren Kamp und Dille stehen. Sie lächerlich die Vergiftung der Regierung durch den sogenannten Kathedertotalitarismus oder wie er neuerdings heißt, Klassenmoralismus. Wir sehen umgekehrt in der Zentrale ein wertvolles Hilfsmittel der Regierung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die wirklich freie Tätigkeit zur sozialen Besserung wird ausgeübt von den Arbeitergewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Gerade diese beiden Faktoren für wirkliche Volkswohlfahrt sind in der Zentralstelle nicht vertreten, sondern werden von ihr bekämpft. Ich gebe zu, daß diese Bekämpfung nicht offen und nicht mit pümpfen Mitteln vorgenommen wird, es ist ein Kampf mit geistigen Waffen. Die Zentralstelle bringt Argumente für ihre Anschauungen vor. Sie hat auch eine ganze Reihe von wertvollen wissenschaftlichen Publikationen herausgegeben, die auch von uns für einschlägige Arbeiten gern benutzt werden. Uns ist selbstverständlich ein Gegner lieber, der uns mit geistigen Waffen bekämpft, als ein pümpfer Scharfmacher, möge er nun in Töne politischer Unfehlbarkeit zum Wolke reden oder seine Scharfmacherei einwickeln in süßliche Wigwags. Aber die Sozialistenbekämpfung wird nicht zur Volkswohlfahrt, wenn sie sich auch noch so akademisch gebärde. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie geht aus allen Publikationen sowie aus der praktischen Tätigkeit der Zentralstelle hervor. Selbstverständlich bestreiten wir der Zentralstelle nicht das Recht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen; andere sozialpolitische Anschauungen zu vertreten als wir. Wir selbst machen ja von dem Recht, uns entgegenstehende Ansichten zu bekämpfen, ausgiebigen Gebrauch und es stände uns daher schlecht an, wenn wir dasselbe anderen Leuten wehren wollten. Wogegen wir protestieren, ist die Subventionierung irgend welcher politischer Betätigung aus Staats- oder Reichsmitteln. Die Reichseinnahmen werden aus den Steuererträgen der Gesamtheit ausgebracht, in erster Linie aus indirekten Steuern. Es wäre eine gute Aufgabe für die Zentralstelle nachzuweisen, wie sehr die Volkswohlfahrt durch das System der indirekten Steuern geschädigt wird. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Man kann von uns als den Vertretern von 4 1/2 Millionen deutschen Steuerzahlern nicht die Bewilligung von Mitteln verlangen, die dazu dienen sollen, uns zu bekämpfen. Ich will heute nur einen Hinweis auf die Tätigkeit dieser Zentralstelle lenken, der neuerdings besonders im Vordergrund

steht und bei dem ihre politischen Tendenzen besonders kraß zum Ausdruck kommen, das ist

### die sogenannte Jugendpflege.

Ich will nicht bestreiten, daß sich die Zentralstelle in früheren Jahren mit den Problemen der Jugendpflege und Fürsorge beschäftigt, daß sie manche Fragen in die öffentliche Diskussion geworfen und auch Material dazu geliefert hat. Ihre Veröffentlichung kann jeder mit Interesse lesen, der sich überhaupt für das Problem der Jugendpflege interessiert. Aber das Material ist Jahrzehntelang unbeachtet geblieben. Anders wurde es erst, als die Arbeiter die Jugendbewegung in die Hand nahmen. Das war der Arbeiterbewegung früher nicht möglich, da sie unter dem Ausnahmegesetz und seinen Nachwehen, der Zuchtanstaltsvorlage usw. die Hände nicht frei hatte. Also als die Sozialdemokratie das Problem der Jugendfürsorge aufgriff, da erkannten die Gegner der Arbeiterbewegung, wie wichtig für die zeitige Verfassung der späteren Erwachsenen eine rechtzeitige und gewissenhafte Pflege der Jugendlichen nach der Schulentlassung sei. Es ging nun sehr schnell mit der bürgerlichen Jugendpflege. Raum ein Jahr hat es gedauert und heute kennen Minister und Geheimräte, Regierungsväsidenten und Landräte kaum noch eine wichtigere Aufgabe als die Jugendpflege und die Stadtverwaltungen werden mit diesbezüglichen Verfügungen und Verordnungen derartig bombardiert, daß sie oft nicht mehr aus dem Kopf wissen. Von welchen Beweggründen sie sich dabei leiten lassen, beweisen z. B. folgende Ausführungen im 1. Teil 3 ihrer Flugblätter „Fürsorge für die schulentlassene ländliche Jugend“, verfaßt von einem der ersten Deputierten der Zentralstelle für dies Gebiet. Es heißt da: „Mit Sorge muß es auch erfüllt, zu sehen, mit welchem Eifer die Sozialdemokratie sich bemüht, die Jugend in ihre Vereine zu ziehen. Es wird von den Sozialdemokraten offen zugegeben, daß hier die Jugend für den späteren politischen Parteikampf geschnitten werden soll. Neuerdings ist jedem politischen Kreise der sozialdemokratischen Jugendvereine ein Regel vorgeschrieben, aber im geheimen geht die Wahlarbeit weiter. Bei der großen Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, mit der von der Sozialdemokratie der parteipolitische Kampf geführt wird, wird schon in der Jugend jenes Misstrauen und jene Dämonisierung erzeugt, die es zu keiner harmonischen Entfaltung der Gaben und Kräfte des Gemütes und Charakters kommen läßt.“ So viel Sätze, so viel Unrichtigkeiten. Der Verfasser muß es zunächst als Sachverständiger wissen, daß als er dies im Jahre 1910 schrieb, durch den veröffentlichten Jugendparagrafen des Reichsvereinsgesetzes bereits allen proletarischen Jugendvereinen das Lebenslicht ausgeblasen war. Er scheint sich noch besonders darüber zu freuen, und fügt außerdem noch das niedliche Denunziationshünzchen hinzu, das im geheimen die Wahlarbeit weiter geht. Wenn er weiter behauptet, daß die Jugendbewegung von der Sozialdemokratie bemacht werden solle, um aus den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen gleichsam Sozialdemokraten en miniature zu machen, so ist das ein großer Irrtum. Von diesem

### pädagogischen Mißgriff

muß uns schon das böse Beispiel der bürgerlichen Jugendbewegung warnen. Kommt doch die Jung-Deutschlandbewegung auf nichts anderes hinaus, als durch die Nachahmung militärischer Gebräuche möglichst schon die Schulkinder zu kleinen Soldaten zu machen. Wir wollen nur nur dafür sorgen, daß in der Jugend alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten erschlossen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ebensoviele wünschen wir eine politische Jugendwehr. „Politisch“ heißt, ein gewisses Ziel, sagen wir gewiß nicht. Wohl aber gehört zur Politik die robuste Natur eines Erwachsenen. Wir Sozialisten wollen den Kindern die Natürlichkeit der Jugend erhalten. Das Erwachen der politischen Erkenntnis läßt sich ja gewiß nicht festlegen, das Reichsvereinsgesetz will dieses Erwachen mit dem 18. Jahre festlegen, bei manchen erwacht die politische Erkenntniswelt früher, bei anderen weit später, mancher gelangt nie dazu. (Sehr wahr!) Bei den Arbeiterkindern erwacht sie im allgemeinen deshalb früher, weil man sich in den Arbeiterfamilien mehr um das öffentliche Leben kümmert, und vor allem, weil die Arbeiterkinder schon mit dem 14. und 15. Lebensjahr in den Lebenskampf hineingestossen werden. In den Versammlungen der Arbeiterjugend wird keine Politik getrieben, sondern wissenschaftliche, literarische, künstlerische Vorträge gehalten; gelegentlich spricht man natürlich auch über Politik, aber in unpolitischer Weise. Das ist natürlich möglich, sonst würde ja jeder Schullehrer, der über die politischen Gründe Friedrichs II. zum schlesischen Kriege vorträgt, Politik treiben. Um so mehr müssen wir uns

### gegen die Schikanen wenden,

mit denen unsere Jugendbewegung verfolgt wird. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt trägt einen großen Teil der Verantwortung für den Kampf der Behörden gegen unsere Jugendbewegung, denn sie steht an der Spitze der bürgerlichen Jugendbewegung, die ungehindert Politik treibt. Oder ist es etwa keine Politik, wenn die Kinder gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht werden, wenn der Jung-Deutschland-Bund geradezu systematisch die Kriegsverherrlichung treibt. Der Generalgewaltige des Bundes, Feldmarschall v. d. Goltz, soll neulich gesagt haben: „Wenns doch einmal loskäme“, wie muß derartige auf die jungen Leute einwirken. Dr. Dertel hat neulich Herrn Haug den Rat gegeben, für den Frieden zu wirken. Möge er doch einmal den Friedensstörern in seinen eigenen Kreisen das Handwerk legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerliche Jugendbewegung hat ja nur den Zweck, der Sozialdemokratie den Nachwuchs abzuwehren zu machen. Wir können das auf sich beruhen lassen, aber wir wollen nicht, daß Unfrieden in die Arbeiterfamilie hineingetragen wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gerade Sie, die die Familie als Grundlage der Gesellschaft hinstellen, hegen die Kinder gegen die Eltern auf. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Es ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, zu wünschen, daß unser Nachwuchs dereinst in unsere Fußstapfen tritt. Wenn die Kinder reif geworden sind, und sich als Erwachsene entscheiden, dann wollen wir, daß sie noch entscheidendere und bessere Sozialdemokraten werden als wir. Freilich haben Sie die Macht, unser natürliches Menschenrecht zu vergewaltigen. Soweit wir können, tun wir dem entgegen, und dazu gehört auch, daß wir hier die geforderten Mittel für Volkswohlfahrt verweigern. (Leb. Bravo! b. d. Soz.)

Brinz zu Schwabach-Carolath (nat.): An Schikanen gegen die proletarische Jugendbewegung ist doch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt unschuldig. Sie kann doch nicht für das verantwortlich gemacht werden, was Feldmarschall v. d. Goltz gesagt haben soll. Die Soldatenpöbelerei der Kinder verurteilen auch viele bürgerliche Elemente. Wohl aber ist es unsere Pflicht, der Jugend vaterländische Gesinnung und die Tradition unserer glorreichen Geschichte zu erhalten. (Leb. Bravo!)

Abg. Dr. Riper (Ztr.): Die Tätigkeit der Zentralstelle ist keine politische. Im Gegensatz zu Herrn Schulz ist kein Parteifreund Franz für die politische Erziehung der Arbeiterkinder schon vom 14. bis 18. Lebensjahre eingereitet. Die bürgerlichen Jugendvereine haben sich dagegen nirgends einer politischen Partei angeschlossen.

Unterstaatssekretär Richter: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine private, nicht politische Institution, in der Männer aller bürgerlichen Parteien tätig sind.

Abg. Bruchhoff (Nat.): Die Sozialdemokratie will durch die proletarische Jugendbewegung doch sicher die Jugend von den bürgerlichen Parteien abwendig machen. (Sehr richtig! bei den bürgerl. Parteien.) Vom Jung-Deutschland-Bunde haben sich viele pädagogische Kreise getrennt und in Gruppen mehr oder weniger junge Kreisvereine in Uniform mehr oder

als sie, aber die nationale Erziehung unserer Jugend können wir nicht preisgeben. Die Schule befindet sich der Sozialdemokratie gegenüber in einer gewissen Notwehr. Ich vermahne die Lehrer dagegen, im Geschichtsunterricht bloßen Intrapatriotismus zu pflegen. Aber wir müssen der Sozialdemokratie gegenüber unsere nationale Einheit erhalten. (Leb. Weisfall b. d. bürgerl. Parteien.)

### Abg. Davidsohn (Soz.):

Mein Kollege Schulz hat sich mit Recht dagegen gewendet, daß die Herren aus dem bürgerlichen Lager sich vom Reich subventionieren lassen. Mögen sie sich doch zusammenschließen gegen uns, aber dann sollen sie ihre Jugendbewegung ebenso bezahlen aus eigenen Mitteln, wie wir. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Das Budget der Zentrale für Volkswohlfahrt beträgt 130000 Mk., die zum größten Teil aus Reichs- und Staatsmitteln, also aus den Mitteln der Steuerzahler, fließen. Dagegen protestieren wir mit Recht. Der Vertritt der Zentrale und alle von ihr gebildeten Institutionen und Körperschaften sind ganz einseitig zusammengesetzt. Herr Müller-Meinigen hat ganz im Gegensatz zu Herrn Bruchhoff vor einigen Jahren diese Zusammenlegung, bei der das künstlerische, das schriftstellerische Element vollständig fehlt, in der immer nur eine bestimmte politische Klasse Einfluß hat, scharf gerügt. Herr Bruchhoff will der Jugend den Rest der Autorität erhalten wissen. Wie können Sie denn der proletarischen Jugend Mißachtung der eigenen Eltern einflößen? (Sehr wahr! bei den Soz.) Das muß zu einer Zerplitterung des Familienlebens führen, gegen die wir uns wenden. — Herr Riper erwidere ich, daß politische Bildung nicht mit parteipolitischer Bildung zusammenfällt, und mein Parteifreund Franz hat in den von Riper zitierten Stellen nur von allgemeiner politischer Bildung gesprochen. Die Zentrale hält es nicht einmal für nötig, trotz der ihr gewährten Subvention der Reichsstaatsbibliothek ihre Publikationen zur Verfügung zu stellen. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor Schwab: Das ist nicht richtig. Die Zentralstelle hat im letzten Jahre ihre Publikationen durch das Amt des Innern dem Reichstag überreicht.

Abg. Bell (Ztr.): Parteipolitik wird von der Zentralstelle nicht getrieben. Vertreter aller bürgerlichen Parteien arbeiten an ihr mit! (Brinz b. d. Soz. Bürgerliche!) Die Arbeiterjugendbewegung ist sozialdemokratisch, denn ihr Ziel ist die Vorbereitung für den Klassenkampf des gesamten Proletariats. Sie ist nur scheinbar aufgelöst worden. Die Zentralstelle aber hält sich frei von Parteipolitik.

Abg. Schulz (Soz.): Wir haben garnichts dagegen, daß die Zentralstelle uns bekämpft. Aber wir lehnen die Unterstützung aus Reichsmitteln für eine solche einseitige Zentralstelle ab. (Sehr gut! b. d. Soz.) Durch die Art des heutigen Geschichtsunterrichts und ihrer Jugendpflege wird erst der politische Kampf in die proletarische Jugend hineingetragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sozialdemokratische Jugendorganisationen gibt es leider nicht mehr. Unsere blühende Jugendbewegung ist aufgelöst, und gerade diese empörende Ungerechtigkeit hat die größte Erbitterung unter der proletarischen Jugend hervorgezogen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Reus (Soz.): Vor zwei Jahren hat der Reichstag einstimmig eine Resolution angenommen, das Reich möge dem Verein für Soziale Innere Kolonisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose eine Förderung zuteil werden lassen. Das ist inzwischen geschehen. Die Bestrebungen dieses Vereins verdienen in der Tat allseitige Beachtung.

Die Debatte schließt. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Zum Titel Belastung des Reichs aus den auf den Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen beantragt die Kommission eine Resolution, die eine neue Berechnung über diese Belastung verlangt und, falls diese geringer ist, als bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung angenommen wurde, eine Befehlsvorlage, durch die

### die Renten soweit erhöht werden,

wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Was wir bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung vorausgesetzt haben, ist eingetroffen. Damals bezeichnete man unsere Ansprüche als phantastisch, denn sie würden ungezählte Milliarden verschlingen. Wir sagten voraus, daß die Lösung über die Leistungen der Reichsversicherungsordnung nicht lange vorhalten würde. Schon jetzt sehen wir, wie weit die Wirklichkeit hinter den vor der Mehrheit angenommenen Zahlen für den Reichszuschuß bei der Hinterbliebenenversicherung zurückbleibt. Auch bei der Seemannsordnung hatte man uns solche phantastische Berechnungen vorgelegt, und heute bekommen die armen Witwen der Seeleute noch keine Renten. Sie müssen dafür büßen, daß die Mathematiker sich so ungeheuerlich verrechnet haben. Redner geht eingehend auf die Berechnungen ein und hebt hervor, daß die Renten erheblich erhöht werden könnten. Aber das wollte man nicht. Dafür werden große Kapitalien angesammelt. Die Witwen und Waisen aber müssen verhungern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Art der Behandlung erinnert an den Weizsäcker, der Schätze sammelt und vergräbt, und bei seinen Schänen hungert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daher sollte man die Erhöhung der Renten im Auge behalten. Das Zentrum hat mit der Bewilligung dieser Witwen- und Waisenversorgung dem arbeitenden Volke einen schlimmen Dienst erwiesen. (Weisfall b. d. Soz.)

Geheimrat Caspar hält es für unrichtig, die Erfahrungen des ersten Jahres der Hinterbliebenenversicherung der Berechnungen zu Grunde zulegen. Überall habe sich gezeigt, daß die Renten erst ganz allmählich den erwartenden Umfang annehmen.

Abg. Göttsch (Ztr.): Es wäre besser, wenn solche ausführliche Berechnungen uns vorher schriftlich mitgeteilt würden; so können wir ihnen unmöglich folgen. Sollten die Ergebnisse auch des nächsten Jahres zeigen, daß eine Erhöhung der Renten und Waisen möglich ist, so wäre das zweifellos eine unserer dringenden Aufgaben. Der Resolution stimmen wir zu. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Ausführungen des Prof. Bernhard in seinem Budget: „Die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auch ich halte die Folgerungen dieses Buches für unzureichend; zum Teil sind sie durch Publikationen aus meinem Amt schon widerlegt. Ich werde demnach alle auf dem Gebiet des Schutzes der Gesundheit der Arbeiter geltenden neueren Bestimmungen zusammenfassen, nicht nur die Bundesratsverordnungen, sondern auch die Grundzüge, die zur Ansetzung der Lokal- und Polizeibeamten, Gewerbebeamten dienen. Im Anschluß daran soll eine eingehende Darstellung und Würdigung der Ergebnisse unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ausgearbeitet werden. Natürlich kann diese Arbeit nicht in wenigen Monaten herbeigeführt werden.

Abg. Giesbers (Zentr.): Wir stimmen der Resolution zu, ohne entscheiden zu wollen, wer von den beiden Rechnern recht hat. Das Vorgehen von Prof. Bernhard sollte man nicht unterlassen; hinter ihm steht eine ganze Clique von Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Mollenhuth (Soz.) wendet sich gegen Einzelheiten in den Berechnungen des Geheimrats Caspar. Er habe übrigens seiner Rechnung nicht die Resultate des ersten Jahres der Witwen- und Waisenversicherung zugrunde gelegt, sondern eine erheblich höhere Zahl von Hinterbliebenen angenommen.

</

Rede. Es ist bemerkenswert, dass eine solche Tendenz nicht über-  
haupt Unterstützung in Arbeitgebern gefunden hat.  
Die Resolution der Kommission wird hierauf angenommen  
und die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.  
Schluss: 8 1/2 Uhr.

## Parteiangelegenheiten.

**Aus der sozialdemokratischen Reichslageraktion.** Die  
sozialdemokratische Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Mitt-  
woch die Abg. Wendel und Lebebour für die von den  
Voten angeforderte Interpellation wegen der Anwendung des  
Entgeltungsgesetzes.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

### Ueberflüssige Anzeigen.

Eine, auch für weitere Kreise, und für Sozialdemokraten  
lehrreiche Gerichtsverhandlung fand kürzlich vor dem Schöffengericht  
in Gühran statt. Die Verhandlung ergab mit nicht  
wegzuvorführender Deutlichkeit, dass den Kriegervereinen, das heißt,  
den patentierten Staatsfiskalen, eine ganz besondere Kurz geboten  
wird.

Ueber den Prozeß seien wir in liberalen Provinzialblättern:

Der Gajowit hoch in Heingendorf, Kreis Gühran,  
hatte ein Strafmandat wegen Uebertretung der Polizeistunde er-  
halten, weil er angeblich Gäste über 10 Uhr in seinem Lokal  
gebildet hätte. Die Sache hängt nun folgendenmaßen zusammen:  
Seit dem Jahre 1886 besteht in G. ein landwirtschaftlicher Lokal-  
verein, der seit länger als 25 Jahren von dem in liberalen Kreisen  
sehr wohl bekannten früheren Freireisenden E. G. Guttsche geleitet  
wird. In einem Sitzungsbild des Vereines nun gingen die Mit-  
glieder etwas nach 10 Uhr nach Hause, sie wurden von dem  
Gendarmenwachmann weiter gefragt, wo sie herkämen,  
und erklärte der Vorsitzende, der sich unter den Weggehenden  
befand, daß sie aus einer Beratung des landwirtschaftlichen Vereines  
kämen. Der Gajowit erhielt einige Tage darauf einen Straf-  
befehl; auf sein Verlangen bei dem Amtsvorsteher v. Bernuth,  
ob Vereinssitzungen der Polizeistunden unterliegen, erklärte dieser,  
dem „Niederösterreich.“ zufolge, daß nur der Krieger-  
verein über 10 Uhr tagen dürfe. Die von dem Be-  
klagten eingehende Berufung wurde als richtig anerkannt und  
Gajowit hoch von Strafe und Kosten freigesprochen. Der Amts-  
anwalt Bürgermeister Goeß hatte schon Freisprechung be-  
antragt, auch bei der Verhandlung leitende Amtsrichter meinte,  
daß die Anzeige überflüssig gewesen wäre.

Dem Herrn Amtsvorsteher, der den patentierten Staats-  
fiskalen ohne weiteres mehr Rechte als den übrigen Bürgern  
zuzumessen will, wäre dringend das Studium des Reichs-  
vereinsgesetzes zu empfehlen. Geschlossene Vereine können,  
so bestimmt es das Reichsvereinsgesetz, auch über die Polizeistunde  
tagen. Bezeichnend ist es aber, daß wegen einer gesetzlich einwand-  
freien Handlung überflüssig Anzeige erstattet wird. Solche über-  
flüssige Anzeigen, wie sie der leitende Amtsrichter mit großem  
Recht bezeichnete, können eben nur bei uns in Preußen vor-  
kommen.

**Oblau, 23. Januar.** In der juchbarem Liebes-  
tragödie, die sich am Montag nachmittag auf dem Weinberge  
abspielte, war ein folgendes Einzelheiten grundbedeutend:  
Der stillschweigende Haushälter und frühere Knecht Alois Koflitz  
aus Oblau hatte seit ungefähr anderthalb Jahren ein Liebes-  
verhältnis mit der 18jährigen Dienstmagd Hedwig Brenner  
aus Wärsdorf, die bei dem Gajowit Wresler (Restaurant zum  
Weinberg) in Diensten stand. Da das junge Mädchen erfuhr,  
daß der Koflitz ein unehelicher Mensch ist, der schon verschiedene  
Male wegen Diebstahl bestraft und außerdem in einer Zwangs-  
erziehungsanstalt gewesen ist, wollte sie das Verhältnis  
lösen. Koflitz hatte dem Mädchen verschiedene Geschenke gemacht,  
u. a. auch einen wertvollen Verlobungsring, den er jetzt wieder  
von ihr zurückforderte. Da das Mädchen aber in Erfahrung  
gebracht hatte, daß dieser den Ring von einem früheren Arbeit-  
geber, einem Hotelbesitzer in Woblan, gestohlen hatte, sagte sie  
ihm, daß der rechtmäßige Besitzer den Ring schon jetzt abgeholt  
habe, worauf sich K. wie ein Nagerden gebärdete und die Dro-  
hung ausgesprochen haben soll, daß sie keine 14 Tage  
mehr lebe. Und diese juchbare Drohung hat Koflitz  
durch seine schreckliche Wortwahl wahr gemacht. Am  
Montag trieb er sich den ganzen Tag in der Nähe  
des Restaurants herum, gegen 3 Uhr nachmittags  
erblickte er das ahnungslose Mädchen im Hofe und gab einen  
Renovierungsbesuch auf dasselbe ab. Das junge Mädchen wurde  
durch diesen Besuch nur leicht verletzt und schrie; K. ist ihr  
aber gefolgt und feuerte dann drei weitere Schüsse auf sie ab,  
die tödlich wirkten. Zwei Schüsse gingen dem Mädchen in die  
rechte Brustseite und zwei in den Rücken, die die Lunge verletzten.  
Nachdem der Mörder sah, daß er sein Opfer getötet hatte, richtete  
er gegen sich selbst die Waffe und schoss sich in die linke Brust-  
seite. Wie der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Franke, feststellte,  
dürfte der Täter aber mit dem Leben davonkommen. Er mußte  
gefestet werden, da er trotz seiner Verwundungen noch einen  
flüchtigen Versuch unternommen hatte. Ihm wurden noch 25  
Patronen, der Revolver und ein Messer abgenommen. Es  
ist anzunehmen, daß K. noch in der Ende Februar am Brieger  
Landgericht beginnenden Schwurgerichtsperiode abgeurteilt  
werden wird.

**Waldenburg, 23. Januar.** Verurteilte Sittlich-  
keitsverbrecher. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde  
der Produktionshändler Hermann Kramer aus Dittersbach  
wegen fortgesetzter Verbrechen nach § 176 Absatz 3 zu drei  
Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte ist wegen  
des gleichen Vergehens schon mit 3 Jahren Zuchthaus bestraft.  
2 Monate wurden ihm auf die Untersuchungszeit angerechnet.  
— Die Schleppe August Köhler und Erwin Teuber aus  
Weißheim hatten sich gegen ein 14jähriges Mädchen wiederholt  
sittlich vergriffen. Beide sind noch nicht verurteilt. Das Urteil  
lautete gegen Köhler auf drei Wochen, gegen Teuber auf einen  
Monat Gefängnis.

**Geitzberg, 23. Januar.** Verhaftung eines Ver-  
urteilter. Bei der Polizei in Schwandau hatte sich ein Mann  
als obdachlos gemeldet. Nach seiner Unterbringung im Asyl  
gab er an, daß er sich großer Veruntreuungen schuldig gemacht  
habe. Er bezeichnete sich als der Gefährlicher Bruno  
Jung aus Geitzberg. Die Untersuchungsstelle will er namentlich  
gegen einen Sägewerksbesitzer in Rühnau verübt haben, in  
dessen launenhaftem Verweise er leitende Stellung hatte. Die  
Summe der unterschlagenen Gelder gab er auf mehr als 2000  
Mark an.

**Gröbber, 23. Januar.** Flucht eines Gefangenen.  
Mittwoch mittig gelang es dem im hiesigen Untersuchungs-  
gefängnis untergebrachten Reichsbanner Kind zu entfliehen.  
Kind, der etwa 25 Jahre alt ist, trug Gefängniskleidung und  
entwich in der Richtung nach Schwarzbach und Stausdorf. In  
Untersuchungsstelle befand er sich wegen eines fahrdiebstahls  
und eines in Pöbelkellerdorf angeblich begangenen Einbruch-  
diebstahls.

**Glogau, 23. Januar.** Es war ein Traum, kamt  
man jetzt bei der Wahrnehmung, daß die Glogauer Jugend  
den jugendlichen Klubs mit Manöverübungen und sozialistischen  
Drill hat. Recht häufig werden die jungen Leute nach der  
„Reinigungskammer der Jugendlichen“, der Turnhalle, wo sie  
die geübten Turnübungen abgeben und „Jugend-  
klub“ betreten. Niemand wird es den jungen Leuten  
verwehren können, sondern der erste Reiz für Mysterium und  
Schwermelodien verleiht ist, daß sie die Geschichte laut haben.  
Sogar besonders tritt dies auf die Glogauer Arbeiterjugend zu.  
Die jungen Leute sind sehr stolz in diesen Tagen zu  
sein.

**Glogau, 23. Januar.** Der Haushaltsplan von  
Glogau liegt nunmehr für das Rechnungsjahr 1913 vor.  
An Einnahmen ist die Domänenverwaltung mit 81.850 Mk.,  
an Ausgaben mit 11.550 Mk. festgelegt. Es sind  
weiter festgelegt: Die Forstverwaltung mit 171.500 Mk.,  
Einnahme und 82.100 Mk. Ausgabe, Grundeigentums-  
verwaltung 70.400 Mk. (Ausgabe 40.400 Mk.), Betriebs-  
verwaltung 254.058 (702.183) Mk., Unterrichtsverwaltung 129.800  
(402.800) Mk., Armenverwaltung 11.200 (51.250) Mk., Armenhaus-  
verwaltung 1000 (12.400) Mk., Krankenhausverwaltung 53.200  
(85.900) Mk., Waisenhausverwaltung 6250 (9200) Mk., Städtisches  
Unterstützungsinstitut 7540 (7540) Mk., Legatverwaltung 26.180  
(26.180) Mk., Stadterweiterungsverwaltung mit 231.000 Mk. Ein-  
nahme und Ausgabe. Die Einnahme der Stadt stellt sich dem-  
nach auf 1.475.000 Mk., die Ausgabe auf 2.126.550 Mk. Es ist  
demnach ein Steuerbedarf von 651.550 Mk. erforderlich. Dazu  
sollen 170 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer als Ge-  
meindeeinkommensteuer, 170 Prozent an Grund- und Gebäude-  
steuer und 170 Prozent Gewerbesteuer erhoben werden. Also für  
das kommende Jahr scheint die Steuererhöhung noch einmal ab-  
gegendet zu sein.

**Grig, 23. Januar.** Die Einführung des obli-  
gatorischen Fortbildungsschulunterrichts für  
Handwerklerlinge ist nicht, wie wir gern berichtigt mit-  
teilen, von den Stadtvorordneten, sondern von den in Stadt-  
verordneten-Sitzungssaal verammelt gewesenen Inter-  
essenten der Fortbildungsschule abgelehnt  
worden. Also in der Hauptsache von den Innungsmeistern.  
Die Schlussfolgerungen in unserer gestrigen Notiz treffen also nur  
auf die Letzteren zu, die noch genau so reaktionär sind, als vor  
zwei Jahren, wo schon einmal der obligatorische Fortbildungs-  
schulunterricht abgelehnt wurde. Dem Fortschritt der Zeit  
haben die Innungsmeister in den zwölf Jahren nichts gelernt.  
Ihnen ist anscheinend der dümmste Arbeiter immer noch  
der Liebste.

**Stiegenhals, 23. Januar.** Verunglückt ist Dienstag  
nachmittag der Arbeiter Jofisch aus Langendorf beim Bahnbau  
Stiegenhals-Zuspehad. Dem Bedauernswerten fiel ein großes  
Stück getrocknete Erde beim Abwischen auf die Feine, so daß  
diese gerammt wurden. Jofisch wurde ins städtische Kranken-  
haus geschafft, wo er am nächsten Tage seinen Verletzungen er-  
lag. Er ist 36 Jahre alt und unverheiratet.

**Dirschel, 23. Januar.** Verirrt und dabei er-  
trunken. Tot aufgefunden wurde in dem hinter Kösling be-  
findlichen Mühlgraben des Häusler Wilhelm Petruschke von  
hier. Allem Anschein nach hat er sich verirrt und ist auf diese  
Weise ums Leben gekommen. Der Verunglückte wurde acht Tage  
nach seinem Verschwinden auf besonderes Durchsuchen des Mühl-  
grabens mit Stangen darin als Leiche aufgefunden.

**Sagan, 23. Januar.** Wöglich vom Tode ereilt.  
Eine scharfe Unterbrechung erfuhr am Mittwoch die Sitzung der  
Landesversammlung in Sagan. Als der Stadtrat Jonas, der  
Vorsitzende der Landesversammlung, den Fabrikbesitzer Herrn Schön-  
necht als neues Mitglied der Kammer eingeführt hatte, brach er  
bewußtlos zusammen und war sofort tot. Herr Jonas ge-  
hört seit 1893 den städtischen Behörden an und war seit 1902  
Magistratsmitglied.

**Bromberg, 23. Januar.** Aus der besseren Gesell-  
schaft verdrängt. Das vor nunmehr drei Wochen erfolgte  
plötzliche Verschwinden des mehrfachen Hausbesizers,  
Kolonnenfabrikanten und Gasthofbesizers Thomas Dietz von  
hier bildet nach wie vor den Gesprächsstoff der hiesigen Gesell-  
schaft. Die Schuldenlast, welche T. hier hinterlassen hat  
ist eine sehr bedeutende; ihre Höhe steht aber bis jetzt  
noch nicht fest. Noch am Tage seines Verschwindens und tags  
vorher hat er sich Geld zu verschaffen gewußt.

## Aus Oberschlesien.

### Den Frommen ins Stammbuch.

Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode des Land-  
gerichts Neutchen OS. hat bereits am Montag nach einer  
Verhandlungsdauer von 7 Tagen ihr Ende gefunden. Der  
letzte Tag brachte die Sühne für ein Kapitalverbrechen durch die  
Verurteilung der drei Räuber Grzywoz, Stwara und  
Nichter zu insgesamt 28 Jahren Zuchthaus. Die  
übrigen sechs Tage brachten die Strafsachen wegen Minder-  
verbrechens und je einen Fall von Urkundenfälschung, Meineid und  
Brandstiftung. Ein Freispruch erfolgte nur im letzteren Falle,  
über die verurteilten neun anderen Angeklagten einschließlich  
Grzywoz und Genossen wurden insgesamt 32 Jahre Zuchthaus  
und 6 Jahre und 3 Monate Gefängnis ver-  
hängt.

Vor keinem Schwurgericht Deutschlands kommen auch nur  
annähernd so viel Kapitalverbrechen zur Aburteilung, als vor  
dem in Neutchen OS. Dafür liegt Neutchen auch in Oberschlesien,  
wo die Macht der katholischen Kirche noch eine unbegrenzte ist.

**Ratibor, 23. Januar.** Falschmünzerverbrecher. Vom  
Schwurgericht Ratibor wurde Schuhmacher und Maurer Lorenz  
Derkl von hier zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehr-  
verlust verurteilt. Derkl hat bereits länger als 12 Jahre  
hinter Schloß und Riegel zugebracht.

**Kattowitz, 23. Januar.** Ein seltener Vorfall. Die  
Mutter einer unserer Lesenden, Frau Anna Maier, Viktoriast.,  
hatte als 4jähriges Kind eine nicht sehr starke Nähnadel ver-  
schluckt, jetzt nach 31 Jahren kam die Nadel am 15. Januar d. J.  
zur linken Brustseite ganz von selbst heraus. Während der  
ganzen Jahre, während die Nadel im Körper der Frau war, hat  
dieselbe nicht die geringsten Schmerzen verspürt, auch keine  
inneren Beschwerden gehabt.

**Beuthen, 23. Januar.** Ein Fuhrwerk über-  
fahren. Die leerfahrende Lokomotive 6839 überfuhr Mittwoch  
früh 6 Uhr auf dem Heberwege in Kilometer 2,202 bei Posten 104  
der Strecke Chorzow-Kringsdorf-Königschüttle ein Fuhrwerk.  
Hierbei wurden die Krassen des Fuhrwerks, Stanislaus  
Blaschyl und Marie Wittel aus Chorzow, anscheinend  
schwer verletzt. Sie wurden mittels Krankenwagens nach  
dem städtischen Krankenhaus geschafft. Die Schulfrage ist noch  
nicht geklärt. Nach amtlicher Meldung liegt wahrscheinlich  
unterlassene Schrankenbediennung vor.

**Beuthen O-S., 23. Januar.** In der Grube erstickt.  
Ein schweres Unglück ereignete sich auf Pechhammerlöz der  
Hohenzollerngrube bei Schomburg. Beim Schichtwechsel wurde  
der Bergmann Manjura aus Schomburg vermisst. Als man  
auf die Suche nach ihm ging, fand man ihn durch giftige Gase  
erstickt auf. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche  
waren ohne Erfolg.

**Rosberg, 23. Januar.** Ein juchbares Unglück  
ereignete sich in der Wohnung des Grubenarbeiters Eychl,  
Schonstraße 11. Durch unvorsichtiges Pantieren mit einer  
Kardiklampe explodierte diese, wobei der 19 Jahre  
alte Sohn schwer verletzt wurde. Die Explosion hatte eine  
solche Wirkung, daß sämtliche Fenster und Türen aus den Angeln  
gerissen wurden.

**Lehrze, 23. Januar.** Eine Gasexplosion fand in  
der Nacht zum letzten Dienstag im Langen Restaurant auf  
der Friedrich-Karlstraße in Baurze-Eld statt. Hierbei wurden  
mehrere Personen getötet, eine Tür in Stücke gerissen, so-  
wie andere Gegenstände stark beschädigt. Die Explosion erfolgte  
mit einer so großen Gewalt, daß sogar Gasse im Lokal zur

Selle geworfen wurden. Restaurateur Elonina und ein  
junger Mann erlitten hierbei erhebliche, aber nicht  
lebensgefährliche Verletzungen.

**Königschüttle, 23. Januar.** Die Kinderleiche im  
Strohball. Bei einem beim Fleischermeister C. auf der  
Kaltomherstraße seit drei Tagen in Stellung sich befindenden  
Strohballen wurde heute die Leiche eines neugeborenen Kindes  
im Strohball aufgefunden. Das Dienstmädchen gab an, das  
Kind sei bereits bei der Geburt tot gewesen. Inwiefern ihre  
Aussage zutrifft, muß die nähere Untersuchung ergeben.

**Königschüttle, 23. Januar.** Mit eigener Lebens-  
gefahr rettete am Sonntag der Oberrealschul-Sekundaner  
Ernst Grzywoz aus Wittow einen sechs jährigen Knaben  
vom Tode des Ertrinkens. Der Knabe war in ein frisch ge-  
hauenes Loch im Eise eines großen Teiches gefallen und bereits  
unter das Eis geraten. Nur mit Mühe gelang es, das Kind  
dem nassen Element zu entreißen.

**Königschüttle, 23. Januar.** Jugendlischer Durch-  
brenner. Stichtig geworden ist der 16jährige Burcaugehilfe  
M., der seinem Vater 600 Mark entwendet hat und nicht  
mehr aufzufinden ist.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenfortschritt im Auslande.

Hatte in Deutschland im Jahre 1912 vor allen Dingen  
der Organisationsgedanke und das politische Interesse der  
Frauen eine beträchtliche Steigerung erfahren, so kann man  
von Ausland auch von praktischen Erfolgen be-  
richten.

In England allerdings kommt man nicht recht vom  
Fled trotz aller verzweifeltsten Anstrengungen. Dort besteht aber  
bereits ein beschränktes kommunales Wahlrecht, und bei den  
Londoner Municipalwahlen wurden 22 Frauen als Stadtrats-  
rätter gewählt.

Die Regierungen der skandinavischen Länder Däne-  
mark und Schweden brachten Gesetzentwürfe ein, die das  
politische Wahlrecht für die Frauen verlangten. In Dänemark  
wird erst in diesem Jahre über die Frage entschieden werden.  
In Schweden nahm die zweite Kammer dem Gesetzentwurf mit  
großer Mehrheit an, die erste Kammer lehnte ihn jedoch ab.  
Die norwegische zweite Kammer beschloß die Zulassung  
der Frauen zu allen Stellen außer Militärposten, geistlichen,  
militärischen oder diplomatischen Diensten.

Die russische Duma sowie eine Kommission des Ge-  
nats beschlossen, die Frauen zur Advokatur zuzulassen, eine  
Neuerung des Genats selbst steht noch aus. Die skandinavischen  
weiblichen Eisenbahngesellschaften erhielten das Recht auch  
nach ihrer Heimat im Dienste zu bleiben.

Ein weiblicher Landtagsabgeordneter wurde in Böhmen  
gewählt. Frau Wilva Kuncelica ging als Sieger aus der  
Wahl hervor, die Gültigkeit des Mandats wird aber bestritten,  
und es ist noch nicht entschieden, ob sie als Abgeordnete in  
das Parlament einzutreten wird.

In Italien glaubten die Frauen bereits nahe vor der  
Bevollmächtigung eines beschränkten Frauenwahlrechts zu den Kom-  
munen zu stehen, die Kammer lehnte aber die Einführung des  
Frauenstimmrechts ab. — Eine Mutterchaftsversicherung, die  
allerdings nach sehr dem Ausbaues bedarf, wurde eingeführt.  
— Obwohl Theresia Labriola bereits in zwei Prozessen als  
Rechtsanwältin fungiert hatte, entschieden die beiden obersten Ge-  
richtshöfe, daß die Frauen nicht zur Rechtsanwaltschaft zuge-  
lassen werden dürften.

In der Schweiz, im Kanton Zürich, fand eine Volks-  
abstimmung statt über die Frage, ob eine Lehrerin auch nach  
der Verehelichung im Amt bleiben dürfe. Dank der eifrigen  
Agitation der Sozialdemokratie wurde das Lehrerinnenkollektiv  
abgelehnt. — Die Schweizer Sozialdemokratie nahm auf dem  
letzten Parteitag das Frauenwahlrecht in das Programm auf.

Senat und Kammer in Frankreich beschloßen die Zu-  
lassung zur Vaterschaftsfrage, die bisher verboten war.

Eine Stadt in Transvaal — Johannesburg — er-  
wählte eine Frau zur Bürgermeisterin.

Der größte Fortschritt ist in Amerika zu ver-  
zeichnen. Dort hat die Bewegung gelegentlich der Präsidentschafts-  
wahlkampagne auch ihren Einfluß auf die Frauenbewegung  
ausgeübt, umso mehr als die neugegründete Fortschrittspartei  
das Frauenwahlrecht in ihr Programm aufnahm. Die Frauen  
beteiligten sich lebhaft und benutzten die Gelegenheit zu inten-  
siver Propaganda für das Wahlrecht. Im Jahre 1912 haben  
drei neue Staaten: Kansas, Arizona und Oregon, die politi-  
sche Gleichberechtigung der Frauen eingeführt. Die kommunalen  
Rechte sind vielfach erweitert und den Frauen in manchen  
Städten wichtige Verwaltungszweige übertragen worden.

Aber selbst in Portugal und China haben die Rechte der  
Frauen eine Erweiterung erfahren. In die Provinzialparlaments-  
lung von Canton wurden vier Frauen gewählt.

Die deutschen Frauen können mit Recht auf viele der an-  
deren Staaten sehen. Nirgend wird so sehr das Lob der  
Frauenjugenden gesungen als in Deutschland, und nirgend  
scheint man auch wieder so von der Unfähigkeit der Frau  
überzeugt zu sein. Einmal weniger Lobgefänge und dafür An-  
erkennung unserer politischen und wirtschaftlichen Forderungen  
wäre uns entschieden lieber.

überzeugt von  
ihrer Güte!

# Unsere Marine

die  
köstliche  
28  
Cigarette

Georg A. Jasmatzki Act-Ges. Dresden  
Größte deutsche Cigarettenfabrik